



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 90 Okt. 3 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Warum haben Israel und Amerika den Angriff der Hamas zugelassen?

Inzwischen ist es offensichtlich, dass Israels Geheimdienste vor dem Angriff der Hamas gewarnt waren.

Damit stellt sich die Frage, warum der Angriff zugelassen wurde.

von Anti-Spiegel – Thomas Röper, 13. Oktober 2023; 17:33 Uhr

Ich habe schon vor einigen Tagen die Frage gestellt, ob die israelischen Geheimdienste wirklich versagt haben, oder ob sie von dem Angriff der Hamas gewusst und ihn zugelassen haben. Inzwischen bin ich mir sicher, dass die israelische Regierung gewarnt war, den Angriff aber zugelassen hat. Dafür gibt es einen Ausdruck, er nennt sich «LIHOP» («Let it happen on purpose», übersetzt «lass es absichtlich zu»).

Ich werde hier zunächst aufzeigen, warum ich der Meinung bin, dass Israel – und auch die USA – von dem Angriff gewusst und ihn zugelassen haben, danach schauen wir uns an, welche Gründe es dafür gegeben haben könnte.

Die Warnungen

Der ägyptische Geheimdienst hat schon vor einigen Tagen mitgeteilt, er habe den israelischen Geheimdienst vor dem anstehenden Angriff der Hamas gewarnt, was die israelische Regierung sofort bestritten hat. Inzwischen ist das Dementi nicht mehr haltbar, wie wir sogar im Spiegel erfahren können:



«Hat der ägyptische Geheimdienst Benjamin Netanyahu vor der Hamas-Invasion gewarnt?» Diese Frage haben gleich mehrere israelische Journalisten zu Wochenbeginn gestellt. Der israelische Ministerpräsident reagierte sofort. Seine Pressestelle erklärte am Montag: «Das sind absolute Fake News.» Man habe keine Warnung aus Kairo erhalten, und Netanyahu habe keinen ägyptischen Geheimdienstler getroffen oder gesprochen. (...) Am Mittwoch erklärte nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP dann Michael McCaul, Israel habe sehr wohl eine Botschaft erhalten. «Wir wissen, dass Ägypten die Israelis drei Tage vorher gewarnt hat, dass sich ein solches Ereignis zutragen könnte», sagte der mächtige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Repräsentantenhaus. «Es gab eine Warnung, ich denke, die Frage ist, auf welcher Ebene.»

Ausserdem hat AP gemeldet, dass die Hamas bereits am 12. September in sozialen Medien ein Video veröffentlicht hat, auf dem das Einüben von Manövern für den Angriff auf Israel zu sehen sind. Es zeigt Militante, die einen Grenzzaun in die Luft sprengen, städtische Gebäude einnehmen und auf menschliche Ziele aus Papier schießen. Bei der Übung trainierte die Hamas auch die Eroberung von Betontürmen und Antennensystemen, die sie später in Israel durchführte.

Ausserdem hat die «Times of Israel» berichtet, dass der israelische Geheimdienst Informationen darüber erhalten habe, dass die Hamas eine Militäraktion im Gazastreifen vorbereite, dies aber für eine Übung gehalten und keinen Alarm ausgelöst habe.

Wir können also festhalten, dass es reichlich Warnungen gegeben hat. Und das sind nur die Informationen, die heute öffentlich verfügbar sind. Hinter den Kulissen dürfte es weit mehr Informationen geben.

Die westlichen Medien berichten, dass es wohl ein Fehler der Geheimdienste war, diese Meldungen zu ignorieren. An einen Fehler glaube ich hingegen keineswegs, was ich nun erklären werde.

Blinde Geheimdienste?

An einen Fehler zu glauben, fällt mir mehr als schwer, denn erstens sind die israelischen Geheimdienste sehr gut und es ist kein Geheimnis, dass sie die palästinensischen Strukturen flächendeckend unterwandert haben. Dass ihnen, die dort tausende Informanten haben, nicht aufgefallen sein soll, dass tausende Kämpfer für einen koordinierten Angriff trainiert haben, ist mehr als unglaublich, zumal andere Geheimdienste – beispielsweise der ägyptische – offensichtlich davon wussten.

Auch die US-Geheimdienste sind im Nahen Osten sehr aktiv und vor allem die NSA schöpft bekanntlich weltweit so ziemlich alle Daten ab, die im Internet kursieren. Die NSA sitzt in den Betriebssystemen von Google, Microsoft und Apple, sie liest die Chats aller westlichen Messenger und E-mail-Provider mit und sie hört auch Telefonate ab. Da die Hamas offenbar westliche Technik genutzt und sogar mindestens ein Video ihrer Trainings hochgeladen hat, halte ich es für mehr als nur unwahrscheinlich, dass die NSA nichts mitbekommen haben will, wie US-Verteidigungsminister Austin, erklärt hat.

Er sagte, die USA hätten von nichts gewusst, das sei nun aber zweitrangig, jetzt gehe es um die Unterstützung Israels im Kampf gegen die Hamas.

Die «Pannen»

Man muss wissen, dass der Grenzzaun, mit dem Israel Gaza seit langem abgeriegelt hat, ein wahres High-tech-Wunder ist. Ich habe diese Woche in Moskau mit diversen Sicherheitsexperten sprechen können, die sich in den Details auskennen. Der Zaun hat Selbstschussanlagen und eine KI. Die Ortungssysteme des Zauns sind so empfindlich, dass sogar eine Schlange im Wüstensand Alarm auslöst, der aber von KI als ungefährlich erkannt wird und daher nicht dazu führt, dass die Selbstschussanlagen automatisch auf Schlangen schießen.

Mit den Ortungssystemen des Zaunes können die Wachmannschaften tief in palästinensisches Gebiet blicken, so dass es unmöglich ist, dass die auf den Zaun zufahrenden Hamas-Terroristen nicht entdeckt worden wären. Man hat sie kommen sehen, aber nicht reagiert.

Davon zeugen auch Videos, die es von der Erstürmung des Zaunes gibt, denn entweder waren da gar keine Wachmannschaften, oder sie haben praktisch keinen Widerstand geleistet. Es machte den Eindruck, als sei der Zaun weit geöffnet gewesen.

Hinzu kommt, dass die Hamas-Terroristen danach mit Pick-Ups tief ins israelische Hinterland gefahren sind, die Rede ist von bis zu 40 Kilometern. Aber niemand hat sie aufgehalten, obwohl die Stürmung des Zauns Alarm ausgelöst haben muss. Wo waren die israelischen Kampfhubschrauber, die genug Zeit hatten, aufzusteigen und die Pick-Ups von den Landstrassen zu schießen? Selbst mit Vollgas waren die Pick-Ups sicher etwa eine halbe Stunde unterwegs, eher mehr als weniger. Zeit war also genug da. Aber niemand hat sie aufgehalten, sie sind vollkommen ungehindert in die grenznahen Städte und Siedlungen eingedrungen und haben dort Massaker veranstaltet und Geiseln genommen.

Keine Suche nach Schuldigen

Wenn es sich bei all dem um Pannen und Fehler der Geheimdienste gehandelt hat, dann müssten Köpfe rollen. Es gibt zwar hier und da Forderungen, die «Pannen» zu untersuchen, aber offenbar haben es weder die Israelis noch die USA eilig, mit Untersuchungen zu beginnen. Auch das ist angesichts von über tausend toten Israelis und der Tatsache, dass man solche Versager, die so einen Angriff übersehen haben, weiter auf ihren Posten lässt, mehr als merkwürdig.

Eigentlich müssten die Medien nach Aufklärung und der Bestrafung der Schuldigen rufen, aber die Medien sind bei dem Thema seltsam still. Bei Pearl Harbour zum Beispiel wurde der auf Hawaii kommandierende Admiral Kimmel nach dem japanischen Angriff dafür verantwortlich gemacht und aus der Navy entlassen. Er wurde 1999 zwar rehabilitiert, weil die US-Regierung von dem Angriff wusste, ihn jedoch nicht gewarnt hat, aber das ist eine andere Geschichte. Ich habe das Beispiel angeführt, weil es zeigt, dass man auch während laufender Kampfhandlungen einen Schuldigen feststellen und bestrafen kann, auch wenn Kimmel kein Schuldiger, sondern ein Sündenbock war.

Warum also reagieren weder Israel noch die USA und suchen nach denen, die diese «Panne» zu verantworten haben?

Wir müssen wahrscheinlich abwarten, aber mich würde es nicht wundern, wenn die Verantwortlichen später befördert werden. Auch das wäre nicht das erste Mal, denn die amerikanischen Offiziere, die beispielsweise das Versagen der US-Luftverteidigung bei 9/11 zu verantworten hatten, wurden später fast alle befördert und ausgezeichnet. Bestraft wurde hingegen keiner von ihnen.

Gibt es Motive?

Wenn ich die davon ausgehe, dass dieser Angriff zugelassen wurde, muss es dafür Gründe geben. Und die gibt es tatsächlich.

In Israel hatte es seit März massive Proteste gegen die von Netanjahu initiierte Justizreform gegeben, denn gegen Netanjahu laufen Strafverfahren wegen Betrugs, Untreue und Bestechlichkeit und Netanjahu könnte von der Justizreform persönlich profitieren. Sogar die deutsche Regierung, für die Kritik an Israel eigentlich ein Tabu ist, hat die geplante «Reform» kritisiert. Gegen die «Reform» gab es in Israel seit März 2023 heftige Proteste, bei denen jeden Samstag teilweise über 100'000 Menschen demonstriert haben und auch ein Generalstreik war im Gespräch.

Der Angriff der Hamas hat all das vergessen gemacht, Israel steht nun geeint hinter Netanjahu, der sich als Kriegsherr und Verteidiger Israels inszeniert. Sogar die Oppositionsparteien haben allen Streit vergessen und sind in eine gemeinsame Regierung mit Netanjahu eingetreten, um sich gegen die äusseren Feinde zu stellen.

Das ist ein unter Historikern bekannter Trick: Wenn eine Regierung in Bedrängnis ist, versucht sie, das Land auf einen äusseren Feind zu fokussieren, um von den inneren Problemen oder Skandalen abzulenken. Dieser Trick ist fast so alt, wie Menschheit, aber er funktioniert immer noch hervorragend. Aus dieser Warte kam der Angriff der Hamas für Netanjahu wie gerufen, denn man muss ganz objektiv feststellen, dass Netanjahu von den aktuellen Ereignissen profitiert hat, so zynisch das klingen mag.



Hinzu kommt, dass Netanjahu als Rechtsextremer von einem Gross-Israel träumt. Gerade erst hat er – unbeachtet von den deutschen Medien – bei der UN-Vollversammlung vor allem in arabischen Medien Schlagzeilen gemacht, weil er dort eine Landkarte des «neuen Mittleren Ostens» hochgehalten hat, auf der der Gazastreifen ein Teil Israels ist.

Da Israel derzeit – ohne dass westliche Staaten dagegen protestieren – eine ethnische Säuberung und Besetzung des Gazastreifens angekündigt hat, ist es nicht allzu verwegen, wenn man sich fragt, ob Netanjahu den Angriff der Hamas nutzen will, um die Palästinenser aus Gaza zu vertreiben und Gaza an Israel anzuschliessen.

Und die USA?

Bleibt die Frage, wie die USA davon profitieren könnten, was gerade in Israel vor sich geht. Aber darauf gibt es eine Antwort.

Ich berichte schon lange über die Umsetzung des RAND-Papiers vom Januar, in dem die RAND-Corporation gefordert hat, dass die US-Regierung aus dem Ukraine-Abenteuer aussteigen soll, weil es für die USA dabei nichts zu gewinnen gibt. Der entscheidende Satz in dem Papier war:

«Eine dramatische Änderung der US-Politik über Nacht ist politisch unmöglich – sowohl innenpolitisch als auch gegenüber den Verbündeten – und wäre in jedem Fall unklug.»

RAND hat sich also Gedanken gemacht, wie man die Öffentlichkeit und die Politiker im Westen von der Unterstützung der Ukraine «so lange, wie es nötig ist» wegbekommen kann. Das ist weitgehend umgesetzt worden, denn der NATO-Beitritt der Ukraine ist seit dem NATO-Gipfel in Vilnius vom Tisch und auch der Wille zur Unterstützung der Ukraine ist im Westen rückläufig. Die offiziellen Erklärungen der westlichen Politiker klingen zwar noch unverändert, aber der Umfang der Hilfsprogramme schmilzt schneller als ein Eis in der Sonne. Wo die USA früher monatlich über zwei Milliarden Dollar nach Kiew gepumpt haben, sanken diese Zahlen seit Sommer auf nur noch einige hundert Millionen Dollar pro Monat.

Man kann der Ukraine zusätzlich noch einiger Sünden beschuldigen, beispielsweise der Sprengung von Nord Stream, aber trotzdem könnte die aufgepeitschte westliche Öffentlichkeit dumme Fragen stellen, wenn der Westen die Hilfe für die Ukraine plötzlich einstellt.

Da kam der Angriff der Hamas wie gerufen, denn die Kämpfe in Israel haben die Ukraine fast komplett aus den Medien verdrängt. Die Öffentlichkeit interessiert sich nicht mehr für die Ukraine und nun ist folgendes Szenario denkbar: Während der Westen alle Aufmerksamkeit und Hilfen Richtung Israel lenkt, erleidet die Ukraine eine militärische Niederlage, an der man natürlich Kiew die Schuld gibt. Damit hätte man den nötigen Vorwand, um der westlichen Öffentlichkeit zu erklären, dass die Ukraine nun nicht mehr in dem Umfang unterstützt werden muss.

Ein riskantes Spiel?

Das ist natürlich Spekulation, aber es ist ein mögliches Szenario.

Allerdings wäre das ein riskantes Szenario, denn damit es funktioniert, müssten den Kämpfe in Palästina einige Wochen andauern. Aber wochenlange Berichte über von Israel abgeschlachtete Palästinenser könnten in der arabischen Welt zu unkontrollierten Reaktionen und zu einer Ausweitung des Krieges führen. Das wäre hochriskant, aber ein weiteres Argument für die westliche Öffentlichkeit, nicht mehr die Ukraine, sondern Israel zu unterstützen.

Eine weitere Frage ist, wie Russland reagieren und was es vom Kiewer Regime fordern würde, wenn es aufgrund einer totalen militärischen Niederlage in Moskau um Verhandlungen bitten müsste. Moskau dürfte von Kiew eine Art bedingungslose Kapitulation fordern, aber was genau Moskau fordern könnte, ist ebenfalls Spekulation.

Aber das Kiew am Ende ist, zeigt eine willkürlich ausgewählte Meldung vom 13. Oktober. Der britische Telegraph hat gemeldet, dass die ukrainische Armee die aus Grossbritannien gelieferten Haubitzen vom Typ L119 kaum noch einsetzt, weil die Munition dafür knapp geworden ist. Wir sehen also schon, dass die Hilfen des Westens für Kiew so sehr zurückgegangen sind, dass es sich an der Front bemerkbar macht.

Über die Meldungen der letzten Woche, die darauf hindeuten, dass das RAND-Papier umgesetzt und die westliche Hilfe für Kiew runtergefahren wird, berichte ich am Wochenende noch gesondert.

Stoltenberg räumt ein: Nato-Expansion war Kriegsgrund

Jeffrey Sachs / 23.10.2023

Stoltenberg vor einem EU-Ausschuss: «Die Nato nicht zu erweitern, war die Bedingung Putins, nicht in die Ukraine einzumarschieren.»

upg. Jeffrey Sachs ist Professor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University in New York. Er war Berater von drei Uno-Generalsekretären und amtet derzeit als SDG-Berater unter Generalsekretär Antonio Guterres. Dieser Gastbeitrag erschien auf jeffsachs.org.

Die Besessenheit der USA, das nordatlantische Bündnis kontinuierlich zu erweitern, ist unverantwortlich. Dafür zahlen die Ukrainer heute einen hohen Preis.

Während des furchtbaren Vietnamkriegs hatte die US-Regierung die Öffentlichkeit im Dunkeln gelassen und desinformiert.

Doch Daniel Ellsberg, furchtloser US-amerikanischer Ökonom, Friedensaktivist und Whistleblower, liess die Pentagon-Papiere durchsickern, welche die Lügen der US-Regierung über den Krieg dokumentierten. Eigentlich sollte die Geheimhaltung Politiker schützen, die für die Gräueltaten verantwortlich waren.

Nichts hat sich geändert, wenn man auf den Ukraine-Krieg blickt.



Dunkelblau = NATO-Mitglieder in Europa. Hellblau = NATO-Kandidaten © cc

Der russische Krieg entstand «aus dem Nichts heraus»

Laut der US-Regierung und der regierungstreuen «New York Times» war der Krieg in der Ukraine «unprovokiert», sprich grundlos. Putin, der sich angeblich mit Peter dem Grossen verwechselte, fiel in die Ukraine ein, um das Russische Reich wiederherzustellen.

Doch Anfang September unterlief NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ein Fauxpas, indem er versehentlich die Wahrheit aussprach. In seiner Rede vor EU-Ausschüssen machte Stoltenberg deutlich, dass das unachgiebige Drängen der USA auf eine Ausweitung der NATO auf die Ukraine die eigentliche Ursache des Krieges sei – und der Grund dafür, dass dieser Krieg bis heute andauert.

Die aufschlussreichen Aussagen Stoltenbergs:

«Präsident Putin erklärte im Herbst 2021, die Nato solle versprechen, sich nicht mehr zu erweitern. Er schickte dazu einen Vertragsentwurf. Es war seine Bedingung, um in die Ukraine nicht einzumarschieren. Natürlich haben wir das nicht unterschrieben.

Er wollte, dass wir unsere militärische Infrastruktur in allen Bündnisstaaten entfernen, die der NATO seit 1997 beigetreten sind. Die Hälfte der NATO, also ganz Mittel- und Osteuropa, sollten militärisch eine Art B-Mitgliedschaft zweiter Klasse erhalten. Das haben wir abgelehnt. Also zog er in den Krieg, um die NATO an seinen Grenzen zu verhindern. Doch er hat genau das Gegenteil erreicht.»

Ausschnitt aus der Rede von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. © EU

Als «Putin-Versteher» diffamiert

Als John Mearsheimer, Professor für Politikwissenschaften an der University of Chicago, ich selber und andere dasselbe sagten, wurden wir als «Putin-Versteher» diffamiert.

Dieselben Kritiker verschweigen oder ignorieren, dass manche schon lange vor einer NATO-Erweiterung auf die Ukraine warnten. Darunter führende US-Diplomaten wie Staatswissenschaftler George Kennan oder die ehemaligen US-Botschafter in Russland, Jack Matlock und William Burns.

Nein bedeutet Nein

William Burns, heute CIA-Direktor, war 2008 US-Botschafter in Russland und Verfasser eines Memos mit dem Titel «Nyet bedeutet Nyet». In diesem Memo erklärte er der Aussenministerin Condoleezza Rice, dass die gesamte politische Klasse Russlands, nicht nur Putin, die NATO-Erweiterung strikt ablehnt. Wir wissen von diesem Memo nur, weil es geleakt wurde.

Warum ist Russland gegen die Erweiterung der NATO? Aus dem einfachen Grund, dass es kein US-Militär an seiner 2300 km langen Grenze zur Ukraine in der Schwarzmeerregion will. Russland war bereits verär-

gert, als die USA Aegis-Raketen in Polen und Rumänien stationierten, nachdem die USA einseitig den unbefristeten Rüstungskontrollvertrag zwischen beiden Staaten zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aufgekündigt hatten.

Russland begrüßte es auch nicht, dass die USA während des Kalten Krieges (1947–1989) nicht weniger als 70 Regimewechsel aktiv förderten. Auch danach folgten unzählige weitere, etwa in Serbien, Afghanistan, Georgien, Irak, Syrien, Libyen, Venezuela und der Ukraine.

Auch gefällt es Russland nicht, dass viele führende US-Politiker mit dem Slogan «Entkolonialisierung Russlands» aktiv für die Zerstörung der Integrität des Landes eintreten. Aus russischer Sicht wäre das etwa das Gleiche, wie wenn Russland die Abtrennung von Texas, Kalifornien, Hawaii und den eroberten Indianergebieten von den USA fördern würde.

«Der Preis für den NATO-Beitritt war zu 99,9 Prozent ein Krieg»

Selbst Selenskys Team wusste, dass das Streben nach einer NATO-Erweiterung einen drohenden Krieg mit Russland bedeutet: Oleksiy Arestowytsch, ehemaliger Berater von Andrij Jermak, dem Leiter des Büros des ukrainischen Präsidenten, sagte, dass «unser Preis für den NATO-Beitritt mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 Prozent einen Krieg mit Russland bedeutet.»

Arestowytsch argwöhnte andererseits, dass Russland irgendwann versuchen würde, selbst ohne die NATO-Erweiterung die Ukraine zu erobern – nur viele Jahre später. Doch die Geschichte widerlegt dies: Russland hat die Neutralität Finnlands und Österreichs jahrzehntelang respektiert, ohne dass es zu ernsthaften Drohungen, geschweige denn zu irgendeiner Invasion gekommen wäre.

Ausserdem zeigte Russland seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 bis zum – von den USA unterstützten – Umsturz der vormals gewählten ukrainischen Regierung im Jahr 2014 kein Interesse daran, ukrainisches Territorium einzunehmen.

Erst als die USA im Februar 2014 ein entschieden antirussisches, pro-NATO-Regime installierten, holte sich Russland die Krim zurück. Russland befürchtete, dass sein Schwarzmeer-Marinestützpunkt – schon seit 1783 der einzige eisfreie Hafen Russlands – in die Hände der NATO fällt.

Selbst dann aber verlangte Russland kein weiteres Gebiet von der Ukraine, sondern nur die Erfüllung der von den Vereinten Nationen unterstützten Minsk-II-Abkommen, welche die Autonomie des ethnisch-russischen Donbas vorsehen. Das Abkommen beinhaltete keinen russischen Anspruch auf dieses Gebiet.

Doch statt Diplomatie bewaffneten die USA die riesige ukrainische Armee. Sie begannen die Soldaten auszubilden, sie halfen sie zu organisieren, um die NATO als «fait accompli» zu erweitern.

Ende 2021 unternahm Putin einen letzten Versuch der Diplomatie, indem er den Entwurf eines Sicherheitsabkommens zwischen den USA und der NATO vorlegte, um einen Krieg zu verhindern. Der Entwurf sah vor, die NATO-Erweiterung zu beenden und die US-Raketen in der Nähe Russlands abzuziehen.

Die Sicherheitsbedenken Russlands waren berechtigt und eine Grundlage für Verhandlungen. Doch US-Präsident Joe Biden lehnte Verhandlungen in einer Kombination von Arroganz, Denkfehlern und tiefgreifenden Fehleinschätzungen kategorisch ab.

Die NATO hielt an ihrem Standpunkt fest, mit Russland nicht über ihre Erweiterung zu verhandeln. Dies würde Russland nichts angehen.

«Es ist gefährlich Amerikas Feind und tödlich sein Freund zu sein»

Die anhaltende Besessenheit der USA, die NATO zu erweitern, ist verantwortungslos und heuchlerisch: Die USA würden sich gegen russische oder chinesische Militärstützpunkte in «ihrer» westlichen Hemisphäre sogar militärisch wehren. Diese Politik gilt seit der Monroe-Doktrin von 1823. Doch gleichzeitig sind die USA blind und taub gegenüber den legitimen Sicherheitsbedenken anderer Länder.

Ja, Putin ist in den Krieg gezogen, um die NATO, noch mehr NATO, an der russischen Grenze zu verhindern. Die Arroganz der USA zerstört die Ukraine. Damit bewahrheitet sich erneut Henry Kissingers Spruch, dass es gefährlich sei, Amerikas Feind zu sein, während es tödlich sei, ein Freund zu sein.

Der Ukraine-Krieg wird enden, wenn die USA eine einfache Wahrheit anerkennen: Eine Erweiterung der NATO in die Ukraine bedeutet einen endlosen Krieg und die Zerstörung der Ukraine.

Die Neutralität der Ukraine hätte den Krieg verhindern können. Die Neutralität der Ukraine bleibt der Schlüssel zum Frieden. Die tiefere Wahrheit ist, dass die europäische Sicherheit von der kollektiven Sicherheit abhängt, wie sie von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gefordert wird, und nicht von einseitigen Forderungen der NATO.

Sturz in die Katastrophe

uncut-news.ch, Oktober 19, 2023, Paul Craig Roberts



Die Biden-Regierung weigert sich, die US-Grenzen zu verteidigen, zögert jedoch nicht, Flugzeugträgerkampfgruppen und die 101. US-Luftlandedivision zu entsenden, um die Grenzen Israels zu verteidigen. «Wir stärken Israels Rücken», verkündet Amerikas jüdischer Aussenminister endlos. «Amerika kann sich zwei Kriege leisten», verkündet Amerikas jüdischer Finanzminister. Aber die Verteidigung unserer eigenen Grenze und die Belastungen für die amerikanischen Steuerzahler scheinen in den Hintergrund zu treten. Es scheint, als sei unsere Regierung in der Gewalt eines anderen Landes und riskiere unser Leben und Wohlstand im Interesse dieses Landes.

Es scheint, als ob jeder in Washington, Republikaner und Demokraten, insbesondere Republikaner, ein intensives Kriegsfieber hat. Während Washington den Konflikt schnell eskalierte, indem es US-Militärkräfte in die Region schickte, macht der republikanische Senator aus South Carolina, Lindsey Graham, den Iran für die Eskalation verantwortlich und äussert eine Drohung: «Wenn Sie diesen Krieg eskalieren, kommen wir zu Ihnen.» Graham fährt fort, in unserem Namen Drohungen gegen den Iran auszustossen und sagt, die USA würden den Iran «aus dem Ölgeschäft verdrängen». Wie Israel und die jüdisch-amerikanischen Neokonservativen richtet sich Grahams Ziel auf die libanesische Miliz, die Hisbollah: «Ich bin bereit, militärische Gewalt einzusetzen, um die Finanzierung von Hamas und Hisbollah zu zerstören.»

Ein anderer republikanischer Abgeordneter, diesmal aus Texas, der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Michael McCaul, sagt, er arbeite an einer Gesetzgebung, die die Befugnis zur Beteiligung der US-Militärs am Krieg Israels gegen Palästina vorsieht.

Was wir erleben, sind Republikaner, die genauso extrem sind wie die Hamas. Ist dieser Wahnsinn real oder ist dies nur Show, mit Blick auf die politische Kampagnenfinanzierung für den militärisch-sicherheitspolitischen Komplex der USA, der von Amerika «zwei Kriege ermöglichen» würde?

Wir erleben auch das totale Versagen der westlichen Führung, nicht nur in Washington, sondern in der gesamten westlichen Welt. Anstatt die Situation zu eskalieren, indem Washington Militärkräfte in die Region schickt, hätte Washington seine Bemühungen nutzen sollen, um die Gemüter zu beruhigen. Warum hat Washington die Situation nicht beruhigt, anstatt sie hochzuschaukeln?

Diese Website – <https://www.moonofalabama.org/2023/10/us-deploys-large-force-eyes-on-syria.html> – spekuliert, dass die sich ansammelnden US-Streitkräfte in der Kriegszone eine «Kriegsflotte» sind, deren Zweck es ist, endlich einen Regimewechsel in Syrien herbeizuführen und die Russen in einem Racheakt für die Verhinderung von Präsident Obamas geplanten Sturz der Assad-Regierung zu vertreiben.

Ich kann verstehen, dass die Neokonservativen der Biden-Regierung ihre Politik der Säuberung des Nahen Ostens für die israelische Expansion fortsetzen wollen, aber wie sicher ist es zu glauben, dass Putin mit eingezogenem Schwanz davonlaufen wird? Das würde Putin als Führer der dissidenten Welt beenden und wahrscheinlich auch innerhalb Russlands. Eine Demonstration russischer Feigheit würde sicherlich eine Eskalation der NATO-Beteiligung in der Ukraine provozieren. Es scheint sicher, dass ein US-Angriff auf Syrien zu militärischen Konflikten zwischen den USA und Russland führen würde.

Die Israelis haben seit 1947 Palästinenser massakriert und ihnen Stück für Stück ihr Land gestohlen, und niemand hat je etwas dagegen unternommen. Die UN verabschiedet Resolutionen, aber die USA legen ihr Veto ein. Daher erwartet Netanyahu dieses Mal keine Opposition, ja, er erwartet Unterstützung von den USA und ihrem Imperium bei der Begehung seiner Kriegsverbrechen.

Es ist mir klar, dass die Situation von Fehleinschätzungen geprägt ist. Die Hisbollah ist ebenbürtig mit Israel. Tatsächlich hat die Miliz die gefürchtete israelische Armee zweimal besiegt und sie trotz Israels Luftüberlegenheit aus dem Libanon vertrieben. Die syrische Armee ist kampferprobt aus dem Kampf gegen die Söldner, die Washington entsandte, um Assad zu stürzen. Wie die Hisbollah und die Hamas hat der Iran Begeisterung und eine grosse Anzahl von Raketen, die Israel treffen können. Wenn, wie behauptet wird, 5000 Raketen von der Hamas das israelische Iron Dome-System überwältigt haben, hat das Iron Dome-System keine Chance gegen 100'000 oder 200'000 Raketen.

Wenn Israels Armee in den Gazastreifen geschickt wird, wird die Hamas sie dort halten, und Israel riskiert, von der Hisbollah, Syrien, dem Irak und dem Iran überrollt zu werden, wenn sie teilnehmen wollen. Angesichts der Niederlage Israels würde Washington seine Kräfte einsetzen, mit katastrophalen Folgen.

Wir erleben auf Seiten Israels und der USA ein völliges Versagen des Urteils. Die Risiken werden ignoriert. Es beginnt auszusehen wie das Armageddon, das die Offenbarung beschreibt.

Das Problem für die Menschheit ist, dass sie Waffen entwickelt hat, die in der Lage sind, alles Leben zu zerstören, und diese Waffen sind in den Händen emotionaler Menschen, die zur Zurückhaltung und Vernunft unfähig sind.

Ich war und bin nach wie vor besorgt über die Gefahr einer Eskalation des Konflikts in der Ukraine. Die sich entwickelnde Situation im Nahen Osten ist jedoch gefährlicher. Es scheint, dass diese Gefahr nicht ausreichend erkannt wird. Die Kriegspropaganda der Lügenpresse ist extrem und blendet die Menschen vor der Realität. Diejenigen an der Macht glauben, dass sie die Kontrolle haben, aber das haben sie nicht.

Wo sind die Führer, die eine Katastrophe verhindern können?

QUELLE: RUSHING INTO CATASTROPHE

Quelle: <https://uncutnews.ch/sturz-in-die-katastrophe/>

Selbstdenken



Vince Ebert

Science Comedian / Keynote Speaker

1 Woche

...

Noch vor gar nicht so langer Zeit war Deutschland eine hochinnovative Industrienation.

Die Welt hat auf uns geblickt, weil unsere Ingenieure und Wissenschaftler die kompliziertesten Probleme gelöst haben. Heute redet eine Minderheit von Apokalyptikern und wissenschaftlichen Analphabeten diesem Land ein, dass unsere Zukunft im Reduzieren und Verzichten liegt. Wir sind von einer Wissensgesellschaft zu einer Besserwisser-Gesellschaft geworden.

Das gilt leider auch für große Teile der Wissenschaftskommunikation. Wenn man heutzutage ein Wissensformat anschaut, dann glaubt man, man hat sich auf dem Kirchentag verirrt. Haltet ein! Es ist 5 vor 12! Die Erde hat Fieber!

Man möchte nicht mehr informieren, man möchte missionieren. Ich halte das für falsch. Ich habe zehn Jahre lang „Wissen vor Acht“ moderiert. In dieser langen Zeit habe ich immer versucht, Weltanschauung von Fakten zu trennen. Das war nicht immer leicht, aber ich habe mich bemüht. Denn Wissenschaft erklärt eben nicht, was man denken soll, sondern, wie man denken soll.

Doch das ist anstrengend. Selbstdenken kostet eine Menge Energie und ist alleine schon dadurch nicht besonders klimafreundlich. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb es derzeit so wenige Leute machen.



1.079 · 73 Kommentare

Gefunden bei: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=227086743714341&set=a.121934887562861>

Die Europäische Union: Bis ins Mark verfault

uncut-news.ch, Oktober 19, 2023



pexels.com

Entstehung und Entwicklung

Die Europäische Union (EU) hat ihre Ursprünge in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die EU wurde 1958 von 6 Ländern gegründet: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden.

In den folgenden Jahren wuchs die «EU» an Macht und Kontrolle, indem sie neue Mitgliedstaaten aufnahm. Der Vertrag von Maastricht von 1992, der 1993 in Kraft trat, bildet die aktuelle Europäische Union. Die letzte Anpassung der verfassungsmässigen Grundlage erfolgte 2009 mit dem Vertrag von Lissabon (unterzeichnet 2007).

Im Jahr 2020 trat das Vereinigte Königreich aus der EU aus, die nun aus 27 Mitgliedstaaten besteht.

Betrieb

Die EU handelt durch ein System unabhängiger supranationaler Institutionen und zwischenstaatlicher Entscheidungen der Mitgliedstaaten:

Das Europäische Parlament besteht aus 750 demokratisch gewählten Vertretern aus allen Mitgliedstaaten und handelt durch demokratische Abstimmungen wie nationale Regierungen. Sie werden alle 5 Jahre gewählt.

Die Europäische Kommission besteht aus einem von Parlament nominierten Präsidenten, der wiederum 12 Richterliche Kommissare ernannt und die im Prinzip nur Vorbereitungsarbeit für Gesetzesinitiativen leistet, die dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der Europäische Rat setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten (1 pro Nation), einem gegenseitig gewählten Präsidenten und dem Präsidenten der Europäischen Kommission zusammen und überwacht zusammen mit dem Europäischen Parlament legislative und haushaltspolitische Aufgaben und fungiert gleichzeitig als Forum für Gespräche mit Nicht-EU-Ländern.

Der Europäische Gerichtshof

Die Europäische Zentralbank

Zuständigkeiten

Die EU hat einen gemeinsamen Binnenmarkt durch ein standardisiertes Rechtssystem entwickelt, das in allen Mitgliedstaaten gilt.

Im Schengen-Raum (bestehend aus EU- und Nicht-EU-Staaten) wurden Passkontrollen abgeschafft.

Die EU-Politik zielt darauf ab, die freie Bewegung von Arbeitskräften, Waren, Dienstleistungen und Kapital zu ermöglichen, Gesetzgebung in den Bereichen Justiz und Inneres zu erlassen und gemeinsame Politiken in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Fischerei und regionale Entwicklung aufrechtzuerhalten.

Im Jahr 1999 gründete die EU auch eine Währungsunion oder Eurozone, die im Januar 2023 aus 20 Ländern besteht.

Die EU hat ständige diplomatische Vertretungen auf der ganzen Welt und ist in den Vereinten Nationen, der WTO, der G8 und der G20 vertreten.

Finanzierung

Grundsätzlich werden alle supranationalen Institutionen ausschliesslich von den Mitgliedstaaten finanziert, sowie aus eigenen Einkünften aus Investitionen und Vermögensportfolios.

In der Praxis sehen wir jedoch, dass zahlreiche Interessengruppen (in Form von Zuwendungen oder Subventionen) grosse Summen an die EU-Kommission spenden, um im Gegenzug konkrete Dienstleistungen zu erhalten.

Zum Beispiel hat die Gates Foundation zwischen 2016 und 2020 über 45 Millionen Euro an die EU-Kommission gespendet. Aus den Anwesenheitslisten geht hervor, dass Bill Gates auch mehrere persönliche Treffen mit Ursula von der Leyen hatte.

<https://gatesfoundation.org/about/committed-grants?q=European%20commission>

Kompetenzüberschreitungen

Die öffentliche Gesundheit fällt NICHT in den Zuständigkeitsbereich der EU.

Dies ist eine nationale Zuständigkeit jedes Landes, das oft auf Empfehlungen der WHO handelt (zumindest vorerst). Die WHO ist eine Nichtregierungsorganisation und eine Abteilung der UN.

Was haben wir jedoch während der Corona-Pandemie gesehen? Ursula von der Leyen hat allen Mitgliedstaaten freiheitsbeschränkende Massnahmen für die Bürger auferlegt, alle Impfstoffverträge verhandelt und 4,3 Milliarden Impfstoffe gekauft (die Zahl hat sich in der Zwischenzeit um mehrere Millionen erhöht).

Am schlimmsten ist jedoch, dass die EU 784 Milliarden Euro aus dem «Wiederaufbaufonds für Corona» verloren hat. Angeblich wissen sie nicht, wo das Geld geblieben ist.

Ursula von der Leyen, Charles Michel und die Mehrheit im EU-Parlament haben ihre Kompetenzen schwerwiegend überschritten.

Verteidigung fällt NICHT in den Zuständigkeitsbereich der EU.

Während die EU für innere Angelegenheiten zuständig ist, bleibt die innere Verteidigung eine nationale Zuständigkeit der Länder, die höchstens auf gemeinsame Beschlüsse zur Sicherheit und Verteidigung innerhalb der Europäischen Union (aber nicht für Verteidigungsangelegenheiten ausserhalb der EU-Zone) treffen können. Wenn es tatsächlich eine Bedrohung für die EU-Zone von aussen gäbe, würde dies in den Zuständigkeitsbereich der NATO fallen. Nicht der EU.

Aber ... was haben wir in der Praxis gesehen? Ursula von der Leyen, Charles Michel und seine Mehrheit im EU-Parlament haben mehrere Milliarden angeblicher Hilfe auf das Konto eines Nicht-EU-Landes (Ukraine) eingezahlt. Darüber hinaus gab es keine Bedrohung innerhalb der EU, weder von der Ukraine noch vom als Aggressor bezeichneten Land.

Darüber hinaus haben die EU-Spenden an die Ukraine der EU als Einheit oder den einzelnen Mitgliedstaaten in keiner Weise genützt. Im Gegenteil. Durch die vielen aufeinander folgenden wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Russland (und später auch gegen Belarus) hat sich die EU ins eigene Fleisch geschnitten und der EU-Bevölkerung erheblichen Schaden zugefügt (man denke an die stark steigenden Preise, hohe Inflation, Marktengpässe...). Dasselbe gilt für die derzeitigen Spenden der EU-Kommission an Israel (und was viele nicht wissen, auch an die Hamas). Israels Krieg gegen Palästina geht die EU nichts an. Sie ist nicht zuständig.

Ursula von der Leyen, Charles Michel und seine Mehrheit im EU-Parlament überschreiten ständig ihre Kompetenzen und begehen schwerwiegende Verstöße gegen die Zuständigkeit.

Entwicklungszusammenarbeit fällt NICHT in den Zuständigkeitsbereich der EU.

Dieser Bereich gehört in die Zuständigkeit der UN und mehrerer anderer NGOs wie UNICEF und UNESCO ...

Die Einmischung und Spenden der EU, insbesondere von Ursula von der Leyen und Charles Michel an Nicht-EU-Länder, sind ebenfalls eine schwerwiegende Überschreitung der Kompetenzen.

Bildung, sexuelle Aufklärung von Kindern, Kinderrechte und Geschlechtergleichstellung fallen NICHT in die Zuständigkeit der EU.

Was sehen wir in der Praxis? Ursula von der Leyen verhängt Sanktionen gegen Länder – wie Ungarn – die sich nicht am «woke»-Wahnsinn beteiligen und ein Gesetz zur sexuellen Aufklärung von Kindern nach EU-Richtlinien verabschieden wollen. Erneut überschreiten Ursula von der Leyen und Charles Michel ihre Kompetenzen und begehen einen Autoritätsmissbrauch.

Die Grundrechte und Freiheiten und andere Grundrechte der Bürger fallen NICHT unter den Zuständigkeitsbereich «Innere Angelegenheiten» der EU.

https://commission.europa.eu/topics/home-affairs_nl. Der einzige denkbare Grund, warum die EU-Kommission dennoch Regeln erlassen kann, die für alle Mitgliedstaaten gelten, ist, dass diese Mitgliedstaaten ihre nationale Zuständigkeit (und damit ihre Souveränität) an die EU abgetreten haben, was wiederum die Verfassung verletzt, die die Souveränität als oberstes Gut betrachtet. In diesem Fall sollten unsere nationalen Politiker zur Rechenschaft gezogen werden, da sie diejenigen sind, die (auch) ihre Kompetenzen überschreiten. Sie haben nicht die Befugnis, solche Entscheidungen im Namen der Menschen zu treffen, die sie vertreten und die sie demokratisch gewählt haben.

Wer kontrolliert die supranationalen Institutionen?

Niemand. Es gibt keine demokratische Kontrolle seitens der Bevölkerung, für die supranationale Institutionen weit entfernt sind. Es gibt keine unabhängige supranationale Einrichtung, die die Arbeit und die Einhaltung der Zuständigkeitsgrenzen überwacht und überprüft. Das ist genau das Problem.

Grundsätzlich sollten die einzelnen Mitgliedstaaten die Arbeit und die Grenzen der Zuständigkeit der supranationalen Institutionen überwachen, tun es aber nicht. Sie lassen einfach alles geschehen und beugen sich vor der EU-Kommission, die hinter allen Türen einen effizienten Knüppel hat: Wer die Regeln befolgt, erhält eine Belohnung in Form von mehreren hundert Millionen Subventionen von der EU und notwendigen Krediten von der EZB (weil alle EU-Länder praktisch pleite sind, mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich); wer die Regeln nicht befolgt, wird mit hohen Geldstrafen sanktioniert.

Fazit:

Das System ist bis ins Mark verfault, sowohl auf Ebene der nationalen Mitgliedstaaten, die alles mitmachen, als auch auf europäischer Ebene.

Die EU ist längst keine Wirtschaftsgemeinschaft mehr, wie sie ursprünglich gedacht war, sondern mischt sich längst in eine Vielzahl von Angelegenheiten ein, die nach ihren Gründungs- und geänderten Statuten nicht in ihre Zuständigkeit fallen. Schlimmer noch, sie verwendet EU-Gelder für Zwecke, die nicht in ihre

Zuständigkeit fallen und die die gesamte EU-Bevölkerung benachteiligen, ohne jegliche Beteiligung dieser Bürger.

Die EU vertritt nicht die Interessen der EU-Bevölkerung, sondern verfolgt ihren eigenen Kurs, der nur anderen Interessen dient und eine schwerwiegende Verachtung für ihr eigenes Volk zeigt. Von der nationalen Politik erwarten wir nichts. Sie liegen alle im selben Bett.

Solange die EU-Bevölkerung träge bleibt, wird sich nichts ändern. Die EU hat 460 Millionen Einwohner, die zusammen alles tun könnten, um dieses Schauspiel zu stoppen. Bevor es zu spät ist...

QUELLE: CARINE KNAPEN

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-europaeische-union-bis-ins-mark-verfault/>

FIGU-Informationen hierzu

Die kostenlose A5-Broschüre «Die EU-Diktatur» kann hier heruntergeladen und verteilt werden:

<https://shop.figu.org/schriften/gratisschriften/die-eu-diktatur-aufkl%C3%A4rende-fakten-der-figu?language=de>

Die EU-Diktatur

Aufklärende Fakten der FIGU
zusammengestellt von Achim Wolf



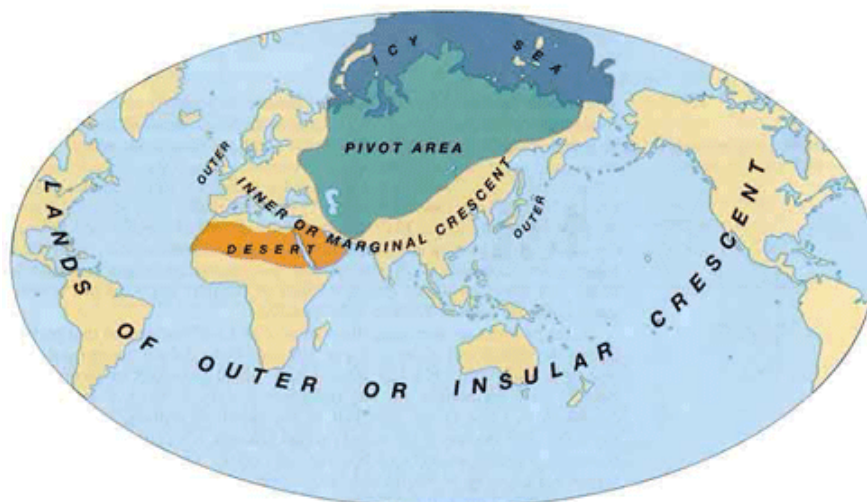
FIGU – SSSC
Freie Interessengemeinschaft
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli ZH
Schweiz

Angelsächsische geopolitische Strategie – unverändert seit 120 Jahren

DO 19 OKT 2023

Die Schriften der Geopolitiker Mackinder (1904) und Brzesinski (1997) zeigen, dass sich die blutige geopolitische Strategie der Engländer und USA in keiner Weise verändert hat. – Ein neuer Autor stellt sich vor.

Karl Eckstein



Kurze Einführung von Peter Hänseler

Wir sind hocherfreut, unseren Lesern einen neuen, sehr Erfahrenen und kompetenten Autor vorstellen zu dürfen. Prof. Dr. iur. Karl Eckstein und ich kennen uns seit Jahrzehnten. Der Schweizer Rechtsanwalt, der westliche Firmen in Russland und Usbekistan bei ihrer Ansiedlung berät, kennt Russland seit den Achtzigerjahren. Als ehemaliger Honorarkonsul der Russischen Föderation in der Schweiz und Professor für Verfassungsrecht an der Moskauer Staatsuniversität für internationale Beziehungen verfügt er nicht nur über ein riesiges Wissen über Russland, sondern weit über dessen Grenzen hinaus.



Karl Eckstein

An unseren zahlreichen Treffen in den letzten Jahrzehnten tauschten wir uns äusserst aktiv aus – nicht immer die gleichen Meinungen vertretend. Viele seiner Prognosen trafen ein, auch unerfreuliche wie die heutige Situation zeigt. Ich habe ihn mehrmals angefragt, ob er für uns schreiben würde. Nun hat er es getan: Ein hochinteressanter, brisanter und kompakter Artikel, welcher augenöffnend ist und die Geschehnisse der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als keine Überraschungen mehr erscheinen lassen.

Sir Halford Mackinder – 1904

Der britische Geograph und Geopolitiker Sir Halford Mackinder (1871–1947), Lehrer an der Universität Oxford und erster Rektor der London School of Economics, stellte in verschiedenen Schriften seine «Heartland-Theorie» vor. Zuerst 1904 in seinem Artikel «Der geographische Dreh- und Angelpunkt der Geschichte». 1919 in seinem Werk «Democratic Ideals and Reality» konkretisierte Mackinder seine Aussagen noch. Wir haben einen Link bei der ETH Zürich gefunden – das Buch ist mehr denn lesenswert.



Halford John Mackinder – Foto: Wikipedia

Mackinder hielt folgendes fest: Grossbritannien sei die grösste und stärkste Seemacht der Welt. Da der internationale Handel vorwiegend über den Seeweg stattfinde, könne Grossbritannien praktisch jedes Land der Welt in die Knie zwingen, indem man es mit einer Seeblockade isoliere.

«Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht die Welt.»

Diese goldenen Zeiten gingen jedoch langsam, aber sicher zu Ende. Das Automobil sei erfunden worden und es würden Strassen gebaut, wo Transporte über den Landweg organisiert werden könnten. Ebenso würden Eisenbahnlinien von Wladiwostok bis nach Lissabon gebaut. In Zukunft würden die Länder über unsere Seeblockade nur noch lachen. Da der Handel also ohne unsere Kontrolle beliebig stattfinden könne, sei Grossbritannien einer grossen Gefahr ausgesetzt.

Seine Gedanken können folgendermassen zusammengefasst werden:

Osteuropa, verstanden als der europäische Teil des zaristischen Russlands, also auch der heutigen Ukraine.

Heart Land (dt. Herzland) mit dem europäischen Russland und Sibirien bis zum Sinkiang.

Die Weltinsel, umfassend Europa, Asien und Afrika.

Die küstennahen Inseln vor Kontinentaleuropa und Südostasien (Japan) und die küstenfernen Inseln mit Nord- und Südamerika sowie Australien und Neuseeland).

Die berühmteste Aussage Mackinders fasst seine Theorien in vier Sätzen zusammen. Diese Aussage publizierte er in seinem Buch *«Democratic Ideals and Reality»* aus dem Jahre 1919.

«Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland.

Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel.

Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.»

DEMOCRATIC IDEALS AND REALITY, S. 106

Zbigniew Brzezinski

Der berühmteste und einflussreichste geopolitische Nachfolger von Mackinder war Zbigniew Brzezinski (1928–2017).



Zbigniew Brzeziński – Foto: Wikipedia

Diente neun US-Präsidenten

Brzeziński war Berater aller neun US-Präsidenten von 1963 bis zu seinem Tod im Jahre 2017. Begonnen hatte er seine Karriere 1960 als Wahlkampfberater von John F. Kennedy. Geboren wurde Brzezinski 1928 in Warschau als Sohn eines polnischen Diplomaten, der dem polnischen Adel angehörte und aus der früher polnischen Stadt Brzezany in der heutigen Ukraine stammte.

Ein Buch, das die Seele der US-Außenpolitik offenlegt

Im Jahr 1997 veröffentlichte er ein Buch, in dem er in erstaunlicher Offenheit und Klarheit die Ziele der US-amerikanischen Geostrategie darstellte:

«The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives», was in der deutschen Fassung so betitelt ist: «Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft». Darin sagt er im Wesentlichen dasselbe wie einst Halford Mackinder.

Wie Mackinder ist Brzezinski der Meinung, dass eine eurasische Gemeinschaft – im Wesentlichen also die Verbindung von Westeuropa mit Russland – der US-amerikanischen Vorherrschaft gefährlich werden könnte.

«Brzezinski sah schon 1997 [...] eine sukzessive Eingliederung der Ukraine in das US-amerikanische Konzept vor.»

Es dürfe kein neues eurasisches Imperium entstehen, welches Amerika an der Verwirklichung seines geostrategischen Ziels hindern könnte, diesen Raum selbst zu beherrschen.

Hier komme der Ukraine eine besondere Bedeutung zu:

«Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit den aufbegehrenden Staaten Zentralasiens hineingezogen würde, die den Verlust ihrer erst kürzlich erlangten Eigenstaatlichkeit nicht hinnehmen und von den anderen islamischen Staaten im Süden Unterstützung erhalten würden.»

ZBIGNIEW BRZEZIŃSKI

Brzezinski sah schon 1997 für das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 eine sukzessive Eingliederung der Ukraine in das US-amerikanische Konzept vor. Das Gelingen dieser Eingliederung ist für ihn ein Schlüsselpunkt für die weitere Vormachtstellung der USA.

Sollte dies nicht gelingen, so würde Russland eine kontrollierende eurasische Grossmacht werden – und wie gesagt, damit der USA die Stellung als Hegemon verunmöglichen. Damit wird auch klar, wieso der Ukraine Konflikt für die Angelsachsen und deren Vasallen so wichtig ist, dass sie hunderte von Milliarden in diesen investieren. Für die Angelsachsen unter Führung der USA ist ein Erfolg Russlands in diesem Konflikt lebensbedrohlich: Ihre weltweite Vormachtstellung wäre nach Brzesinski bedroht.

George Friedman

«Verhinderung eines Zusammenkommens Russlands und Deutschlands.»

Die angelsächsische Geostrategie, begonnen vom Briten Mackinder im Jahre 1904, im gleichen Sinn weiterentwickelt vom US-Amerikaner Brzesinski, starb mit Brzesinski nicht. Sie wird im gleichen Sinn vom aktuellen US-Geostrategen George Friedmann weitergeführt.



Führt die Arbeit von Brzesinski weiter:
George Friedmann – Foto: Wikipedia

Eine Kernaussage Friedmans lautet wie folgt:

«Das primäre Interesse der Vereinigten Staaten durch das letzte Jahrhundert hindurch – also im Ersten, Zweiten und im kalten Krieg – sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gewesen, denn vereinigt wären diese beiden die einzige Macht, die uns bedrohen könnte – und daher ist sicherzustellen, dass das nicht passiert.»

GEORGE FRIEDMANN

Fazit

Somit ist es ein Fakt, dass die angelsächsische, d.h. die britische und danach auch die amerikanische Geopolitik, von der gleichen Idee geleitet wird, um die Weltherrschaft zu erhalten. Verhinderung eines Zusammenkommens Russlands und Deutschlands.

Dieser Strategie folgend ist es somit folgerichtig, Deutschland zu schwächen falls man Russland nicht in die Knie zwingen kann. Dies ist bereits dadurch geschehen, dass man Sanktionen erlässt, welche vor allem Deutschland schwächen und Gaspipelines zerstört, um die Energieversorgung durch Russland zu verhindern.

Auch die Ukrainekrieg ist ebenfalls lediglich ein Baustein der amerikanischen Geopolitik, um, das zu verhindern, was Mackinder in seinem berühmten Vers festhielt: «Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht die Welt»

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/angelsachsische-geopolitische-strategie-unverändert-seit-120-jahren/>

**500 Millionen Menschen wären ideal.
Jetzt sind es über 9,3 Milliarden auf der Erde!
500 million people would be ideal.
Now there are over 9.3 billion on earth!**

Der Planet Erde ist naturmässig für rund 500 Millionen Menschen ausgelegt, die im Überfluss durch die Natur und im Einklang mit der Natur des Planeten leben können. Die aktuelle Weltbevölkerung ist jetzt (inklusive der nicht gezählten Menschen) bei über 9,3 Milliarden Menschen. Das führt zwangsläufig nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung (Kausalität) zur Zerstörung der Natur auf der Erde, in der Luft und in den Gewässern und damit zur Vernichtung der Biosphäre, die alles Leben ermöglicht. Durch seine horrende Überbevölkerung tötet sich der Mensch also selbst und begreift nicht, dass es die Grund-Ursache

aller Zerstörungen ist, wozu noch die Folgen der wahnsinnigen Religionen gehören, die ihm den Blick auf die Wirklichkeit versperren, wodurch er ohne Vernunft und zerstörerisch handelt.

Planet Earth is naturally designed for about 500 million people who can live in abundance through nature and in harmony with the nature of the planet. The current world population is now (including the uncoun- ted people) at over **9.3 billion people**. This inevitably leads, according to the law of cause and effect (causality), to the destruction of nature on earth, in the air and in the waters, and thus to the destruction of the biosphere that makes all life possible. By his horrendous overpopulation man kills himself therefore and does not understand that it is the basic cause of all destruc- tions, to which still the consequences of the insane religions belong, which block him the view of the reality, whereby he acts without reason and destructively.

Only solution: A global birth stop for several years, then rigorous but humane birth regulations FOR ALL HUMANS.

Sign here: <https://chng.it/XpDLTPymNG>

Der Planet Erde ist naturmässig für rund 500 Millionen Menschen ausgelegt, die im Überfluss durch die Natur und im Einklang mit der Natur des Planeten leben können. Die aktuelle Weltbevölkerung ist jetzt (inklusive der nicht gezählten Menschen) bei über **9,3 Milliarden Menschen**. Das führt zwangsläufig nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung (Kausalität) zur Zerstörung der Natur auf der Erden, in der Luft und in den Gewässern und damit zur Vernichtung der Biosphäre, die alles Leben ermöglicht. Durch seine horrende Überbevölkerung tötet sich der Mensch also selbst und begreift nicht, dass es die Grund-Ursache aller Zerstörungen ist, wozu noch die Folgen der wahnsinnigen Religionen gehören, die ihm den Blick auf die Wirklichkeit versperren, wodurch er ohne Vernunft und zerstörerisch handelt.

Einzige Lösung: Ein globaler Geburtenstopp für mehrere Jahre, danach rigorose, aber humane Geburtenregelungen FÜR ALLE MENSCHEN.

Unterschreibe hier: <https://chng.it/s5m9HNLmVb>



Einzige Lösung: Ein globaler Geburtenstopp für mehrere Jahre, danach rigorose, aber humane Geburtenregelungen FÜR ALLE MENSCHEN.

Unterschreibe hier: <https://chng.it/XpDLTPymNG>

Planet Earth is naturally designed for about 500 million people who can live in abundance through nature and in harmony with the nature of the planet. The current world population is now (including the uncoun- ted people) at over 9.3 billion people. This inevitably leads, according to the law of cause and effect (causality), to the destruction of nature on earth, in the air and in the waters, and thus to the destruction of the bio- sphere that makes all life possible. By his horrendous overpopulation man kills himself therefore and does not understand that it is the basic cause of all destruc- tions, to which still the consequences of the insane religions belong, which block him the view of the reality, whereby he acts without reason and destructively. **Only solution: A global birth stop for several years, then rigorous but humane birth regulations FOR ALL HUMANS.** Sign here: <https://chng.it/XpDLTPymNG>

Achim Wolf, Deutschland

Israel – Offenbar schossen sie auf ihre eigenen Leute und haben das nachher der Hamas untergeschoben ...

Dienstag, 17. Oktober 2023, von Freeman-Fortsetzung um 09:56

Überlebende berichtet:

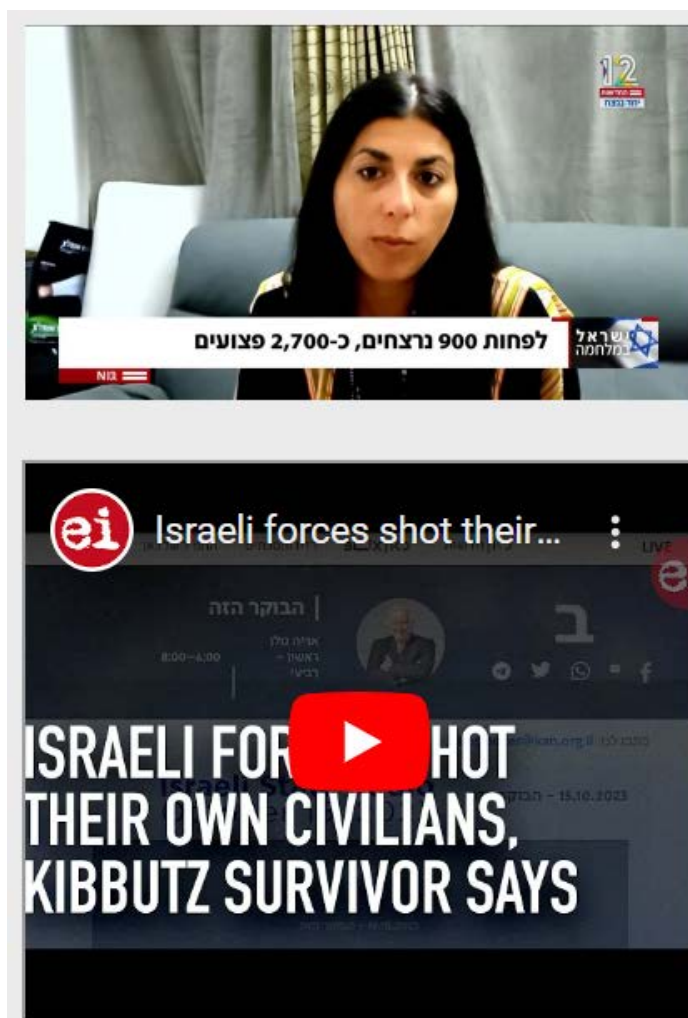
Israelische Zivilisten wurden von eigenen Streitkräften bei Feuergefecht getötet

<https://uncutnews.ch/ueberlebende-berichtet-israelische-zivilisten-von-eigenen-streitkraefen-bei-feuergefecht-getoetet/>
Oktober 17, 2023

Eine israelische Frau, die den Angriff der Hamas auf Siedlungen nahe der Grenze zum Gazastreifen überlebt hat, berichtet, dass israelische Zivilisten von den eigenen Sicherheitskräften getötet wurden.

Als sich die israelischen Streitkräfte im Kibbuz Be'eri ein Feuergefecht mit Hamas-Kämpfern lieferten, schossen sie sowohl auf die Terroristen als auch auf ihre israelischen Gefangenen.

«Sie haben alle getötet, auch die Geiseln», sagte sie im israelischen Rundfunk.



Wie lange bleibt das wohl auf youtube ?

Die Frau, die 44-jährige Yasmin Porat, sagte, sie und andere Zivilisten seien mehrere Stunden lang von Palästinensern festgehalten und «menschlich» behandelt worden. Sie war vom nahe gelegenen Nova-Festival geflohen. Ihr Interview mit der Radiosendung Haboker Hazeh (This Morning) des Kan-Kanals kursiert derzeit in den sozialen Medien.

Interessanterweise ist das Interview nicht auf der Website des Senders zu finden. Möglicherweise wurde es zensiert.

Bei der Schiesserei wurde ihr Partner Tal Katz getötet. Sie selbst wurde in den Oberschenkel getroffen.

«Sie haben uns nicht schlecht behandelt. Sie haben uns sehr menschlich behandelt», sagte Porat zur Überraschung des Moderators Aryeh Golan.

Man habe uns etwas zu trinken gegeben und uns beruhigt, so Porat. «Es war sehr beängstigend, aber niemand hat uns Gewalt angetan.» Ein palästinensischer Kämpfer sagte ihr auf Hebräisch, dass sie nicht sterben würde.

«Ich war ruhig, weil ich wusste, dass mir nichts passieren würde», sagte sie.

Porat fügte hinzu, dass alle palästinensischen Kämpfer geladene Waffen gehabt hätten, aber nie auf Gefangene geschossen oder sie bedroht hätten.

Eine israelische Frau, die am 7. Oktober den Angriff der Hamas auf Siedlungen nahe der Gaza-Grenze überlebte, sagt, israelische Zivilisten seien «zweifellos» von ihren eigenen Sicherheitskräften getötet worden.

Aus dem Nichts seien sowohl die Kämpfer als auch die Geiseln von der israelischen Yamam-Einheit beschossen worden, sagte die Frau.

Nach der Schiesserei, die nach ihren Angaben eine halbe Stunde gedauert habe, habe sie «fünf oder sechs» Geiseln tot auf dem Boden liegen sehen. Auf die Frage von Golan, ob die israelischen Streitkräfte auf sie geschossen hätten, antwortete die Frau: «Zweifellos. Sie haben alle getötet, auch die Geiseln.»

Porat war eine der wenigen, die den Beschuss überlebten. Sie hat Dutzende Freunde verloren, die ebenfalls auf dem Festival waren.

«Ich bin wütend auf die Regierung. Ich bin wütend auf das Militär. Der Kibbuz wurde zehn Stunden lang sich selbst überlassen.»

QUELLE: ISRAELI FORCES SHOT THEIR OWN CIVILIANS, KIBBUTZ SURVIVOR SAYS

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/10/israel-offenbar-schossen-sie-auf-ihre.html#ixzz8GOqu7Fta>

An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen... Biden ruft zu mehr Krieg auf, Putin zu einer friedlichen Welt.

uncut-news.ch, Oktober 11, 2023



US-Präsident Joe Biden appellierte diese Woche verzweifelt nach mehr Mitteln, um den vergeblichen, abscheulichen Krieg in der Ukraine zu finanzieren. Im Gegensatz dazu hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Grundsatzrede, in der er für eine Welt auf der Grundlage von Gleichheit und Frieden plädierte. Ein Vergleich der Inhalte beider ist aufschlussreich. Biden schwafelt mit vorgefertigten Brocken von ideologischen Stereotypen und Aggression, die immer mehr wie Unsinn klingen. Putin hingegen hielt eine intellektuell leidenschaftliche und eloquente Übersicht über die Weltgeschichte vor einem Publikum aus internationalen Gelehrten und ernsthaften Denkern. Putin schloss seine Rede mit einem aufrichtigen Appell für Frieden und Wohlwollen für die gesamte Menschheit ab.

Man kann sich nicht vorstellen, dass Biden oder ein anderer westlicher sogenannter Führer die intellektuelle Fähigkeit oder die moralische Integrität besitzt, eine vergleichbare Rede zur Förderung von Weltfrieden und Fortschritt zu formulieren.

Wenn wir die Wahrnehmungen und Vorurteile, die von den westlichen Medien geschaffen wurden, beiseite lassen, ist es für jede objektive Person klar, dass der amerikanische Führer ein kriegslüsterner Dinosaurier ist, während der russische Führer ein zukunftsorientierter, prinzipientreuer Weltstaatsmann ist.

Biden, der gebrechliche Achtziger und selbstverliebte Politiker von gestern, verkörpert eine vergangene Welt, in der Konflikte und Gewalt allzu bedauerlicherweise an der Tagesordnung waren. Diese Art von Welt geht Hand in Hand mit elitärer Herrschaft und systematischer Ausbeutung anderer. Seit fünf Jahrhunderten haben der europäische Kolonialismus und später der westliche Neokolonialismus die internationalen Beziehungen dominiert, verzerrt und dämonisiert. Natürlich wurde die groteske Realität immer mit ständiger Gehirnwäsche durch westliche Medien verschleiert, die orwellsche Euphemismen über «Demokratie», «Menschenrechte» und «regelbasierte Ordnung» verwendeten.

Die ganze Zeit liefen elitäre westliche Mächte Amok mit illegalen Kriegen, Plünderungen von Ressourcen und finanzieller Ausbeutung. Zynischerweise huldigten die westlichen Imperialisten und ihre Propagandamedien den Prinzipien der Demokratie und der Charta der Vereinten Nationen, während sie in der Praxis angebliche Ethik offen lächerlich machten. Die USA und ihre CIA sowie die NATO als Stellvertreter sind seit Nazi-Deutschland die grösste terroristische Organisation der Welt.

Joe Biden, konfrontiert mit einem dysfunktionalen Chaos im amerikanischen politischen System, hat seiner Nation, den US-Verbündeten und der Welt nichts zu bieten – ausser mehr Krieg. Die zusammenbrechende globale Macht der USA projiziert, wie immer, ihr eigenes internes Scheitern nach aussen, indem sie internationale Konflikte schürt, vorwiegend gegen Russland in einem Stellvertreterkrieg in der Ukraine, aber auch gegen China wegen einer Reihe von erfundenen Behauptungen.

Biden fleht demokratische und republikanische Gesetzgeber an, ihr Gezänk und ihre internen Kämpfe zu beenden – nicht zum Wohl des amerikanischen Volkes – sondern für die weitere Freigabe von zig Milliarden Dollar mehr, um ein neonazistisches Regime in Kiew zu unterstützen, das beauftragt ist, den imperialistischen Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen Russland zu führen.

Die politischen Establishments in Amerika und Europa können sich eine Welt nicht anders vorstellen als eine, die auf ständigen Konflikten und Kriegen basiert. Deshalb haben die letzten Jahrhunderte kein Ende der imperialistischen Kriege und der Ausbeutung des Rests der Welt durch diese globale Minderheit gesehen. Krieg, Armut, Hunger, Krankheit, Tod und chronische Unterentwicklung sind die verabscheuungswürdigen Manifestationen der westlichen kapitalistischen «Ordnung».

Das sogenannte Kollektiv des Westens muss konstant Spaltung und Konflikt in der Welt säen, um seinen hegemonialen Vorteil zu nutzen. Darum ging es im Kalten Krieg (1945–90), und deshalb waren die westlichen Mächte nie in der Lage, wirklich Frieden zu schliessen, als der Kalte Krieg vor mehr als drei Jahrzeh-

ten nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 angeblich endete. Heute ist der Kalte Krieg genauso heftig und süchtig machend wie je zuvor. Er endete nie, weil die zugrunde liegende westliche Krankheit nie aufhörte.

Die westlichen imperialistischen Mächte – vorwiegend die USA – waren gezwungen, durch ihre hegemoniale Wirtschaft und Politik unter dem Deckmantel des NATO-Militärbündnisses und unzähligen Vorwänden für die Sicherheit und absurd dem «Krieg gegen den Terror» und der «Nationenbildung» ständig zu expandieren. Das Abschlachten der Ukraine ist der Höhepunkt dieses historischen zerstörerischen Prozesses. Die Verbindung zwischen westlichen selbst ernannten «Demokratien» und einem korrupten neonazistischen Regime in Kiew ist das ultimative organische Ergebnis des Faschismus, der im Herzen des westlichen Imperialismus liegt, mit seinem pseudoliberalen Antlitz.

Der gegenwärtige Konflikt in der Ukraine ist die historische Nemesis der westlichen imperialistischen Macht. Der Zweite Weltkrieg war nur ein Satzzeichen, das im Kalten Krieg nachliess und schliesslich zu seiner Wiederbelebung führte, der die Welt jetzt wieder ausgesetzt ist.

Präsident Putin präsentierte in dieser Woche während einer Rede vor dem Valdai Discussion Club in Sotschi eine positive und hoffnungsvolle Vision der Welt. Er porträtierte ein «harmonisches Zusammenleben» und Frieden auf der Grundlage von Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien zwischen Nationen. In dieser Hinsicht wiederholte Putin die grundlegende Vision der Vereinten Nationen, die 1945 nach der Verwüstung des Zweiten Weltkriegs gegründet wurde.

«Die Ukraine-Krise ist kein territorialer Konflikt», sagte Putin. «Das Problem ist viel breiter und grundlegender und betrifft die Prinzipien, die der neuen internationalen Ordnung zugrunde liegen.»

Biden und seine westlichen Vasallen und ihre verlogenen Medien wiederholen immer wieder die haltlose Lüge, dass Russlands militärische Intervention in der Ukraine eine «unprovokierte Aggression» sei. Diese Erzählung ist eine dreiste Leugnung der Geschichte des von der CIA unterstützten Putsches in Kiew im Jahr 2014 und der NATO-Bewaffnung eines neonazistischen Regimes, das neun Jahre lang ethnische Russen in der ehemaligen Ukraine getötet hat.

Das Kiewer Regime – an dessen Spitze ein Nazi-grüssender jüdischer Marionettenpräsident steht – hat ein Verbrechen nach dem anderen begangen, um Russland zu diffamieren, dank der Nachsicht der westlichen Propagandamedien. Das Massaker von Butscha im März 2022, die Raketenangriffe auf Kramatorsk im April 2022, Polen im November 2022 und in Konstantinowka im letzten Monat. Diese Woche ereignete sich ein Massaker an 51 Menschen im Dorf Hroza in der Region Charkiw, das sofort Russland angelastet wurde, aber alle Anzeichen für eine weitere False-Flag-Provokation von Kiew aufweist. Dies ist die Art von schmutzigem und teuflischem Regime, das die Kriegsmaschine der USA und der NATO verkörpert.

Putin erklärte klar, wie eine friedliche internationale Ordnung durch die Ablehnung «künstlicher geopolitischer Vereinigungen» und kriegsähnlichen «Blöcken», die «der Welt aufgezwungen werden», erreicht werden kann.

«Ein dauerhafter Frieden wird nur möglich sein, wenn sich jeder sicher und geschützt fühlt, versteht, dass seine Meinung respektiert wird, und wenn es eine Balance in der Welt gibt, in der niemand einseitig andere zwingen oder dazu bringen kann, so zu leben oder sich zu verhalten, wie es einem Hegemon gefällt, auch wenn es gegen die Souveränität, die echten Interessen, Traditionen oder Sitten von Völkern und Ländern verstösst», sagte der russische Präsident.

Putin fügte hinzu: «Russland war, ist und wird eine der Grundlagen dieses neuen Weltsystems sein, bereit für konstruktive Zusammenarbeit mit allen, die nach Frieden und Wohlstand streben, aber bereit für harten Widerstand gegen diejenigen, die die Prinzipien der Diktatur und Gewalt bekennen. Wir glauben, dass Pragmatismus und gesunder Menschenverstand siegen werden und eine multipolare Welt geschaffen wird.»

Die Welt verändert sich buchstäblich vor unseren Augen und durch unsere eigenen Hände, wie Putin ebenfalls bemerkte. Das Aufkommen einer multipolaren Welt, die G20, die BRICS+ und so weiter, sind die Erfüllung einer Vision für internationalen Frieden, Gerechtigkeit, Souveränität, Gleichheit und Entwicklung.

Die destruktive, kriegslüsterne Hegemonie der elitären westlichen imperialistischen Herrschaft ist eine Welt, die nicht länger haltbar noch tolerierbar ist.

Biden und sein westliches Gefolge sind buchstäblich die Sprecher für eine Sackgasse in einer künstlichen Welt. Im Gegensatz dazu spricht der russische Präsident Wladimir Putin mit der Weisheit und Relevanz einer Welt, wie sie wirklich sein muss.

QUELLE: BY THEIR FRUIT, YOU WILL KNOW THEM... BIDEN CALLS FOR MORE WAR, PUTIN CALLS FOR PEACEFUL WORLD

Quelle: <https://uncutnews.ch/an-ihren-fruechten-werdet-ihr-sie-erkennen-biden-ruft-zu-mehr-krieg-auf-putin-zu-einer-friedlichen-welt/>



Ein Artikel von Marcus Klöckner, 10. Oktober 2023 um 13:30

Der Journalist und Autor Patrik Baab war auf beiden Seiten der Front im Ukraine-Krieg. Aus seinen Erlebnissen ist ein Buch entstanden, das gerade erschienen ist und verdeutlicht: Baab hatte nicht nur mit den Schwierigkeiten vor Ort, die in einem Kriegsgebiet zu erwarten sind, zu kämpfen. Es gab auch Angriffe gegen den Rechercheur aus der Heimat – von Medien. In einem zweiteiligen NachDenkSeiten-Interview gewährt Baab einen Einblick in die Herausforderungen seiner Reise und ordnet den Krieg kritisch ein. Ausserdem kritisiert er den Journalismus in Deutschland. Im folgenden ersten Interview warnt Baab: «Der Kontinent taumelt am Rande eines Nuklearkriegs.» Von Marcus Klöckner.

Herr Baab, Sie waren «Auf beiden Seiten der Front» im Ukraine-Krieg. Wie darf man sich das vorstellen? Sie sind an die Front gefahren und haben gesagt: «Ich schaue mich mal um?»

Im Frontgebiet kommen Sie nur durch mit jemandem, der sich auskennt. Denn genauso gefährlich wie direkte Feuereinwirkung sind die Gefahren, die Sie nicht sehen. Wenn ein Scharfschütze in 800 Meter Entfernung seine Arbeit macht, hören Sie den Schuss; aber sie nehmen die Kugel mit. Sie bleiben im Schatten der Häuser oder suchen Deckung hinter Bäumen und Büschen, zwei Mann sichern, einer hat die Augen am Boden. Denn die Gegend ist vermint. Die ukrainische Armee verschießt mit Raketen und Granaten sogenannte Schmetterlingsminen. Das sind Anti-Personen-Streuminen, die Flügel an der Seite haben. So wird ihre Ausbreitung über ein grosses Gebiet begünstigt. Diese Minen töten meist nicht; wer drauftritt, schaut sich selbst beim Verbluten zu. Wenn Sie pinkeln müssen, gehen Sie keinesfalls in den Strassengraben, sondern verrichten die Notdurft auf der Strasse. Wenn Sie einen abgeknickten Zweig sehen, der zwischen drei Steinen steckt, dann heisst das: Achtung! Minen! Nicht geräumt! Dann verschwinden Sie am besten wieder auf dem Weg, auf dem Sie gekommen sind. Auch die russische Koalition hat die Frontabschnitte grossflächig vermint. Bei der Explosion einer Panzermine haben Sie kaum eine Überlebenschance.

Gefahren drohen aber auch aus der Luft?

Und das schon weitab der Front: Wenn Sie sich im Zielkorridor von Artillerie und Raketen befinden, dann hören Sie Geschosse mit Überschallgeschwindigkeit nicht kommen. Die Projektile sind endphasengelenkt. Das heisst, die Richtschützen peilen per GPS Ihre Mobilfunk- und Internet-Daten an und lenken den Sprengkopf auch auf 30 Kilometer Entfernung präzise ins Ziel. Wenn kein Windstoss kommt, haben Sie keine Chance. Unser einheimischer Führer in Donezk ist wenige Wochen später durch HIMARS-Beschuss getötet worden. Bei der Explosion dieser Rakete entsteht im Radius von 25 Metern eine Temperatur von 1400 Grad Celsius. Die Tos-Raketenwerfer der Russen haben eine ähnlich verheerende Wirkung. Wenn der Gefechtskopf einschlägt, verteilt er einen explosiven Film in der Luft, der gezündet wird. Dann entsteht ein Feuerball mit massiver Druckwelle, der alles Leben auslöscht. Der darauffolgende Unterdruck löst schwerste Verletzungen aus, die inneren Organe reissen, auch wenn Sie sich in Kellern oder Bunkern schützen wollen. So kommen die hohen Verlustzahlen zustande, die beide Seiten ja geheim halten.

Welche Lehre lässt sich daraus ziehen?

Raus aus dem Netz! Und: Immer in Bewegung bleiben! In Mariupol habe ich Panzer gesehen, die von Drohnen oder Hubschraubern abgeschossen wurden. Der Sprengkopf schlägt von oben durch die Luke und explodiert im Inneren. Dort war nichts mehr als geschmolzenes Metall, kein Draht hing mehr raus, nichts. Ich habe mit Menschen gesprochen, die tagelang unter Beschuss im Keller festsassen und das Wasser aus der Heizung tranken. Im Kampfgebiet nützt Ihnen der Presseausweis gar nichts. Sie sind einfach ein bewegliches Ziel. Das Kunststück ist weniger, ins Kriegsgebiet zu gelangen, als vielmehr lebend wieder raus. Darauf bereiten Sie sich gründlich vor. Aber am Ende hat man es nicht in der Hand.

«Raus aus dem Netz!» Sie haben selbst die Erfahrung gemacht, was es bedeutet, wenn sich nicht an diese Lehre gehalten wird.

Unser Hotel Park Inn in Donezk geriet unter Beschuss. Wir hatten aber unsere Zimmer in der fünften Etage schon verlassen. Eine 155-mm-Granate verfehlte ihr Ziel nur knapp und explodierte auf dem Parkplatz. Die Druckwelle fegte durch die Lobby, ein Pfosten rettete der jungen Frau am Empfang das Leben. Bis zur vierten Etage hoch zerplatzten alle Scheiben. Wir haben dann unseren einheimischen Begleiter gefragt, wo die Granate herkam, und er telefonierte mit Artillerie-Beobachtern. Die sagten uns, die Granate sei aus Marijinka gekommen, wo die Ukrainer französische Haubitzen in Stellung gebracht hätten, und die Richtschützen hätten unseren Internet- und Mobilfunkverkehr angepeilt. Tatsächlich habe ich – entgegen allen Sicherheitsregeln – sehr viel gemailt und telefoniert. Denn nach den Angriffen in der deutschen Presse brauchte ich dringend einen Anwalt. Eigentlich hat man in einem Kriegsgebiet ja andere Sorgen. Nach Meinung unseres Begleiters hat mein Leichtsinns dazu geführt, dass wir beschossen wurden.

Wie bewerten Sie diesen Krieg? Worum geht es?

Dieser Krieg ist eine Tragödie. Denn die Menschen in der Ukraine sind die ersten Opfer, auf beiden Seiten, ob als Gefallene, Verstümmelte, Vertriebene, Gefolterte, Flüchtlinge. Das Land wird verarmen und wird am Ende geteilt. Das weiss man auch in Washington. Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador sagte zu Beginn des Krieges mit Blick auf die NATO: «Wir liefern die Waffen, ihr liefert die Leichen. Das ist unmoralisch.»

Wie sehen Sie das?

Er hat recht. Hier handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg, der von Russland begonnen, aber von der NATO herbeiprovoziert wurde.

«Stellvertreterkrieg» – ein Begriff, der in deutschen Medien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum vorkommt.

Die NATO-Osterweiterung und der Versuch der USA, die Ukraine in die NATO zu befördern, sind die wichtigsten Gründe für diesen Krieg. Man muss sich nur einmal vorstellen, Kuba, Mexiko oder Kanada wollten einem den USA feindlich gesonnenen Militärbündnis beitreten. So etwas haben die Vereinigten Staaten in der Kuba-Krise 1962 mit einer Kriegsdrohung beantwortet – aus guten Gründen. Denn sie haben vor ihrer Haustür strategische Interessen. Nach der Monroe-Doktrin von 1823 betrachten die Vereinigten Staaten insbesondere Lateinamerika als ihr Interessengebiet und drohen jedem, der sich dort einmischt, mit militärischen Schritten. Umgekehrt hat Moskau in der Ukraine strategische Interessen: Der Kreml will nach dem Putsch auf dem Maidan 2014 die russischstämmige Bevölkerung im Donbass und auf der Krim vor den Übergriffen ukrainischer Militärs und Ultranationalisten schützen. Damit befindet sich Moskau im Einklang mit der UN-Charta und macht das, was die NATO beispielsweise im Kosovo für sich reklamiert hat. Dann will man den Zugang zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer über die Marinebasis Sewastopol sichern und verhindern, dass das Schwarze Meer ein Binnenmeer der NATO wird. Ausserdem ist man interessiert an einer neutralen Ukraine, damit keine US-Atomraketen im Donbass aufgestellt werden. Darüber hinaus wollte der Kreml bis Kriegsbeginn auch die Gasdurchleitung nach Westen und die Verbindung zu den ukrainischen Betrieben der Rüstungsindustrie sicherstellen. Diese Gründe sind inzwischen entfallen. Eine Absicht, die Ukraine zu erobern, besteht nicht. Putin hat vor einiger Zeit gesagt, wenn polnische und litauische Verbände in die Westukraine einmarschieren wollten, dann sei ihm das egal. Den Subtext lese ich so: Dann nimmt sich Russland den Osten.

Aber es geht um viel mehr. Die USA wollen China in der Ukraine einen Denkmittel verpassen, sozusagen ein Signal setzen, wie es auch im Konflikt um Taiwan laufen könnte. Das zeigt, dass es hier um ein weltpolitisches Kräftemessen geht, einen Stellvertreterkrieg auf ukrainischem Boden. Eine wankende Supermacht, die USA, wollen an ihrem Anspruch auf «Full Spectrum Dominance» festhalten, das heisst, sie wollen an jedem Ort der Welt militärisch überlegen sein. Dem dient der mit 880 Milliarden Dollar mit Abstand grösste Militärhaushalt der Welt, dem dienen die mehr als 900 Militärstützpunkte weltweit, dem dienen die 251 militärischen Interventionen der USA seit 1991. Es ist ja nicht so, dass nur die Russen völkerrechtswidrige Angriffskriege führen, Washington hat ihnen vorgemacht, wie das geht. Moskau, Peking und viele andere

Staatsführungen wollen diesen Anspruch der USA nicht hinnehmen. Washington folgen im Wesentlichen die EU-Satrapenstaaten, Japan und Südkorea. Deshalb formulierte der European Council on Foreign Relations: «United in the West, divided from the rest.»

Wo bleibt Europa?

Europa hat das Nachsehen in diesem Spiel. Schon 2016 hat der Historiker Richard Sakwa mit Blick auf die Ukraine-Krise vom «Selbstmord Europas» gesprochen. Für die USA ist dies ein perfekter Krieg: Er ist weit weg, und die Rüstungsindustrie verdient Milliarden. Für Europa dagegen bringt dies einen historischen Niedergang. Die Sanktionen erweisen sich als Boomerang, die Abtrennung vom günstigen russischen Gas zerstört die Wettbewerbsfähigkeit v.a. Deutschlands, ein Prozess der Deindustrialisierung und Verarmung weiterer Bevölkerungskreise hat begonnen, der erheblichen sozialen Sprengstoff birgt. Die Kosten des Ukraine-Krieges werden die USA den Europäern aufbürden. Eine Aufnahme der Ukraine in die EU würde die meisten anderen Staaten zu Nettozahlern machen. Massiver Sozialabbau wäre die Folge. Die Europäische Union, die einmal als Friedensprojekt gedacht war, zerstört Europa, weil sie aus der EU eine Unterabteilung der NATO gemacht hat.

Mit der deutschen Wirtschaft sieht es ohnehin bereits bescheiden aus.

Ja, glaubt man dem IWF, so schrumpft die deutsche Wirtschaft, aber die russische Wirtschaft wächst. Die EU wird dadurch nicht nur zu einem verarmten Hinterhof der USA, sondern auch zu einem Hinterhof Russlands, einem energie-autarken Land. Das Tandem Paris-Berlin ist an den Rand gedrängt, in der EU bestimmt die Achse Washington-Vilnius-Warschau-Kiew. Der Krieg in der Ukraine ist zu einem Abnutzungskrieg geworden. Er wird noch sehr lange dauern. Die Kriegstreiber haben es geschafft, Europa in einen neuen 30-jährigen Krieg hineinzumanövrieren, der meines Erachtens mit dem sozialen und kulturellen Zerfall der europäischen Kulturregion enden wird. Den amerikanischen Neo-Konservativen im Weissen Haus um Jake Sullivan, Victoria Nuland und Anthony Blinken ist das gleichgültig, sie wünschen sich wirtschaftlich schwache und militärisch abhängige Satrapen in Europa.

Und dann wäre da noch der Begriff Atombombe.

Der Kontinent taumelt am Rande eines Nuklearkrieges. In der Kubakrise haben Chruschtschow und Kennedy miteinander geredet. Es galt das gesprochene Wort, man vertraute einander, so gelang ein Deal: Die Russen ziehen ihre Raketen von Kuba ab, ein paar Monate später bauten die USA ihre Raketen in der Türkei ab. Heute reden die Regierungsspitzen gar nicht mehr miteinander, was bei einem vergreisten US-Präsidenten wohl auch nicht möglich wäre. Den Kontakt halten inzwischen die Geheimdienst-Chefs, also Subalterne, die im Grunde nichts entscheiden können. Genau deshalb ist die Gefahr eines Atomkrieges auch so hoch: Die Russen sehen sich mit dem Rücken zur Wand, die USA kämpfen um ihren weltweiten Führungsanspruch. So etwas geht nicht gut. Aber auch dies wollen Wissenschaft und Presse nicht sehen. Man kann hier wirklich auch von einer Apokalypse-Blindheit der Sitzredakteure sprechen, nach dem Motto: Ich habe gestern hinterm Schreibtisch in der Kaffeetasse gerührt, ich werde auch morgen in der Kaffeetasse rühren. Der amerikanische Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer von der Universität Chicago spricht davon, Deutschland habe «strunzdumme» Politiker. Er nennt auch Namen. Ersparen Sie mir das. Ich füge hinzu: Deutschland hat auch strunzdumme Journalisten. Es ist wie bei Stanley Kubrick: «Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben» – nur diesmal nicht im Kino. Politik und Medien haben vollständig versagt. Wer bitte soll diesen lächerlichen Figuren noch etwas glauben?

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=105026>

Meinungsausserungsfreiheit in der EU ist Geschichte

Peter Hänseler, DI 10 OKT 2023

Die Basis der Freiheit ist in der EU bereits Geschichte – Zweiflern stehen Fakten entgegen, die wir hier aufzeigen.



Quelle: alexskopje/Shutterstock

Zersetzung der Freiheit in zwei Schritten*Meinungsäusserungsfreiheit bis zum 2. März 2022***Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union lautet wie folgt:****Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schliesst die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.**

Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

ARTIKEL 11 – FREIHEIT DER MEINUNGSÄUSSERUNG UND INFORMATIONSFREIHEIT

Das tönt gut und es legt eine Freiheit ohne Einschränkung fest. Dies hat aber mit der heutigen Realität nichts mehr zu tun, denn diese Freiheitsrechte sind seit dem 2. März 2022 Geschichte. Damit ist Artikel 11 der EU-Charta toter Buchstabe.

Schritt 1 – Verbot von RT und Sputnik in der EU

Am 2. März 2022 erliess der Rat der Europäischen Union auf Vorschlag von Herrn Borell, seines Zeichens Hoher Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik, eine Verordnung, welche Art. 11 der Charta der Grundrechte kippte.

Eine Begründung, welche keine ist.

In den Erwägungen werden die russischen Medienkanäle RT und Sputnik als «hybride Bedrohungen» bezeichnet, deren Bekämpfung sichergestellt werden müsse,

«... durch mögliche Reaktionen im Bereich hybrider Bedrohungen unter anderem auf ausländische Einmischung und Einflussnahme, die Präventivmassnahmen sowie die Auferlegung von Kosten für feindselige staatliche und nichtstaatliche Akteure umfassen können ...»

ZIFF. 5 – VERORDNUNG (EU) 2022/350 DES RATES

Die Begründung ist in keiner Art und Weise nachvollziehbar und bedient sich Wortkreationen, welche keinerlei Bedeutung haben. So weiss niemand – wohl auch der Verfasser dieser Verordnung nicht – was eine «hybride Bedrohung» im Zusammenhang mit Berichterstattung ist.

Weiter:

«Diese Propagandaaktionen wurden über eine Reihe von Medien unter ständiger direkter oder indirekter Kontrolle der Führung der Russischen Föderation verbreitet. Solche Massnahmen stellen eine erhebliche und unmittelbare Bedrohung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Union dar.»

ZIFF. 8 – VERORDNUNG (EU) 2022/350 DES RATES

Inwiefern Berichterstattung aus Russland die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Europa gefährden könnte, bleibt unbeantwortet, da russische Berichterstattung eben nicht geeignet ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu bedrohen. Wiederum ein Argument, das keines ist.

Wie werden im zweiten Teil dieses Artikels sehen, dass die russische Berichterstattung vielmehr die Glaubwürdigkeit des westlichen Narrativs zu diesem Konflikt bedroht.

Weiter:

«[...] ist es notwendig, im Einklang mit den Grundrechten und Grundfreiheiten, die in der Charta der Grundrechte anerkannt sind, insbesondere dem Recht auf Freiheit der Meinungsäusserung und Informationsfreiheit nach Artikel 11 der Charta, weitere restriktive Massnahmen zur umgehenden Einstellung der Sendetätigkeiten solcher Medien in der Union oder solcher an die Union gerichteter Tätigkeiten zu verhängen.»

ZIFF. 10 – VERORDNUNG (EU) 2022/350 DES RATES

Diese Aussage zeigt, dass die Freiheit weg ist: Die EU begründet die Zerstörung der Meinungsäusserungsfreiheit damit, dass sie eben jene Freiheit zerstört, welche sie vorgibt zu schützen. Wenn es schon äusserst schwierig ist, dem Verordnungskauderwelsch sprachlich zu folgen, so stellt der Inhalt nichts anderes als einen Angriff auf den gesunden Menschen- und mehr noch auf den juristischen Sachverstand dar.

Eine Verordnung kippt die Charta

Es ist juristisch (eigentlich) unmöglich oder sollte es zumindest sein, Freiheitsrechte, welche in einer Charta – sprich Verfassung – niedergeschrieben sind und den Nukleus der Demokratie bedeuten, mit einer Verordnung zu kippen. Dazu kommt, dass diese Verordnung in Klammern – als «Rechtsakte ohne Gesetzescharakter» bezeichnet wird.

II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EU) 2022/350 DES RATES

vom 1. März 2022

zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Screenshot Verordnung Seite 1

Meinungsäusserungsfreiheit ist die Basis jeglicher Freiheit

Eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn Freiheit herrscht. Die Meinungsäusserungsfreiheit ist die Basis aller anderer Freiheitsrechte. Wenn man seine Meinung nicht äussern kann – ob diese richtig oder falsch ist, darf keine Rolle spielen – können andere Freiheitsrechte (Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Handels- und Gewerbefreiheit, Eigentumsfreiheit etc.) gar nicht gedeihen.

«Was die EU hier macht, hat mit Recht nichts zu tun.»

Das war etwa den Vätern der amerikanischen Verfassung klar. In der sogenannten «Bill of Rights», welche die ersten 10 Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung enthalten und 1791 erlassen wurden, steht denn auch die Meinungsäusserungsfreiheit an erster Stelle (First Amendment).

«Europa ist ein Garten – der grösste Teil der restlichen Welt ist ein Dschungel»

BERLINER ZEITUNG

Tod des Staatsrechts führt zum Untergang des Rechts

Was die Zerstörung der Freiheit der in EU wirklich pervers macht, ist der Umstand, auf welche Weise dies geschehen ist und weiter geschieht: Auf Initiative eines Einzelnen – hier: Herr Borell – wurde innert ein paar Tagen die in der Charta der EU verankerte Meinungsäusserungsfreiheit mit einer Verordnung gekippt. Nota bene einer Verordnung, welche als «Rechtsakt ohne Gesetzescharakter» bezeichnet wird, was immer das bedeuten mag. Die Hierarchie von Erlassen hat gute Gründe.



«Europa ist ein Garten – der grösste Teil der restlichen Welt ist ein Dschungel» –
Herr Borell weiss, was gut ist für Sie. Quelle: Wikipedia

Modell Schweiz – funktioniert auch nicht mehr, da es umgangen wird

In der Schweiz haben wir vereinfacht gesagt, drei Stufen von Erlassen. Zuoberst in dieser Hierarchie befindet sich die Verfassung (für EU: Charta), danach kommen die Gesetze und schliesslich die Verordnung als niederste Erlassform.

Je höher ein Erlass in der Hierarchie steht, umso schwieriger und aufwändiger ist es, eine Bestimmung zu erlassen, zu ändern oder zu streichen.

In der Schweiz bedarf es für eine Verfassungsänderung einer nationalen Volksabstimmung, bei welcher nicht nur die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung, sondern auch die Mehrheit der Kantone einer Änderung zustimmen müssen. Warum ist das gut?

Dies führt in der Schweiz dazu, dass eine Verfassungsänderung intensiv vom Volk und Politikern diskutiert wird. Bei wichtigen Verfassungsentscheiden findet ein richtiggehender Kampf der Worte im Fernsehen, auf den sozialen Medien, in den Zeitungen, in den Parlamenten, an Stammtischen und zuhause am Küchentisch statt. Man schenkt sich nichts, ist gezwungen, Gegenmeinungen anzuhören und Skeptikern eine Bühne zu geben. Wenn dann alle erschöpft sind, wird abgestimmt. Meiner Meinung nach waren die Ergebnisse von Volkabstimmungen in der Schweiz in der Vergangenheit von Skepsis gegenüber der Obrigkeit – sprich Politikern – und von Selbstverantwortung geprägt – gut so.

Das System Schweiz kam betreffend Struktur der Rechtslegung dem demokratischen Optimum in der Vergangenheit sehr nahe.

Entscheide der Politiker, Einfluss auf die Medien während COVID und das – meines Erachtens – rechtswidrige Handeln von Behörden im Zusammenhang mit dem Kollaps der Credit Suisse trübt diesen Eindruck jedoch immer mehr ein; über das rechtlich katastrophale Handling der Credit Suisse haben wir berichtet «Derivatebombe – Credit Suisse Rettung – Alle wurden angelogen».

Selbst die Schweiz als Gralshüterin der direkten Demokratie tendiert dazu, der Exekutive eine viel zu lange Leine zuzugestehen, was zu Ergebnissen führt, welche mit der so hochgehaltenen Souveränität des Volkes nicht mehr viel zu tun hat.

Zwar hat die Schweiz RT und Sputnik nicht gesperrt, unsere Politiker haben jedoch – ohne das Volk zu fragen – die Sanktionen der EU gegen Russland mit Bausch und Bogen übernommen und somit die in der Verfassung verankerte Neutralität mir nichts dir nichts aufgegeben. Meines Erachtens eine Katastrophe, welche nun ein Initiativkomitee korrigieren möchte – wohl zu spät.

Brandgefährliche Entwicklung

Wenn nun unsere Leser der Meinung sind, dass der oben besprochene EU-Erlass, welcher «lediglich» die Meinungsäusserungsfreiheit von russischen Medien beschneidet, ein Einzelfall in Notzeiten darstellt – weit gefehlt.

Schritt 2 – Verordnung für Digitale Dienste – ein Wolf im Schafspelz

Am 19. Oktober 2022 erliess die EU eine Verordnung mit dem kryptischen Namen «Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)». Diese Verordnung soll am 17. Februar 2024 in Kraft treten.

Orwellsche Zeiten warten auf uns.

Es ist unmöglich, in dieser Abhandlung auf alle wichtigen Erwägungen und Artikel dieser Verordnung einzugehen. Die Verordnung umfasst 120 Seiten und ist selbst für einen Rechtsanwalt unleserlich.

An dieser Stelle soll der Leser lediglich dafür sensibilisiert werden, dass in der EU – und somit auch in der Schweiz – hinter verschlossenen Türen ein Regime eingeführt wird, das George Orwells Roman «1984» wie Frühstücksfernsehen aussehen lässt. George Orwell schrieb sein Werk «1984» in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, nach dem Zweiten Weltkrieg. Er hatte keine Ahnung, wie die heutige Informationstechnologie aussehen würde und mit welchen einfachen Mitteln man die Menschen heute versklaven kann.

Hehrer Beginn des Textes

Beginnt man mit der Lektüre dieser Verordnung, so meint man tatsächlich – wenigstens anfangs – dass es in diesem Erlass um den Schutz des Wettbewerbs, die gesetzliche Harmonisierung und um den Schutz des Konsumenten und Minderjähriger geht.

Eine kurze Leseprobe:

«Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und Bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden «Charta») garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit, das Recht auf Nichtdiskriminierung und die Erreichung eines hohen Verbraucherschutzniveaus, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.»

ZIPPER 3 VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

Nimmt man sich die Mühe, das gesamte 120 Seiten starke Dokument zu lesen, so wird einem die Tragweite klar.

Krise ist, wenn das Gremium Krise will

Richtig Fleisch am Knochen hat etwa Erwägung Nr. 91. Da spricht man von Krisenzeiten, welche so weit gefasst sind, dass jede Situation unter den Begriff «Krise» subsumiert werden kann. Etwa wird nach einer konkreten Aufzählung am Ende regelmässig eine sogenannte «catch-all»-Klausel angehängt, eine Klausel also, welche alles abdeckt und den Behörden einen Blankocheck ausstellt (fett hervorgehoben). Krise ist, [...] wenn aussergewöhnliche Umstände eintreten, die zu einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit in der Union oder in wesentlichen Teilen der Union führen können. Solche Krisen könnten auf bewaffnete Konflikte oder terroristische Handlungen, einschliesslich neu entstehender Konflikte oder terroristischer Handlungen, Naturkatastrophen wie Erdbeben und Wirbelstürme sowie auf Pandemien und andere schwerwiegende grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit zurückzuführen sein.

ZIFF. 91 – VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

Falls Krise herrscht, herrscht das Gremium – wer genau das Gremium ist, bleibt im Dunkeln. Auf der Webseite der Europäischen Kommission findet man zum Gremium folgende Aussage:

«Ein wichtiger Teil des Beaufsichtigungs- und Durchsetzungsrahmens des Gesetzes über digitale Dienste wird auch das Gremium sein, das sich aus unabhängigen Koordinatoren für digitale Dienste zusammensetzt.»

FRAGEN UND ANTWORTEN: GESETZ ÜBER DIGITALE DIENSTE

Jene Leser, welche den Roman «1984» von George Orwell tatsächlich gelesen haben, werden das Gremium als «Ministerium für Wahrheit» wiedererkennen.

Das Gremium hat allumfassende Kompetenzen – zusammen mit der EU-Kommission.

Spitzel

Dann werden die «Hinweisgeber» eingeführt. Diese Hinweisgeber sind nichts anderes als Spitzel, welche «illegale» Inhalte ermitteln und entfernen lassen. Gemäss Verordnung müssen diese Hinweisgeber vertrauenswürdig sein. Die Frage, wie diese Vertrauenswürdigkeit ermittelt wird und wer dies tut, bleibt im Dunkeln. (Ziff. 62 – VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES) Unternehmen sind verpflichtet mit diesen Hinweisgeber zusammenzuarbeiten und sind verpflichtet Informationen über Nutzer an die Behörden weiterzugeben.

ZIFF. 56 – VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

Definition der Rechtswidrigkeit

Hier wird das Recht nun absolut zersetzt, indem Rechtswidrigkeit schwammig definiert wird:

«Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld sicherzustellen, sollte die Definition des Begriffs «rechtswidrige Inhalte» für die Zwecke dieser Verordnung im Grossen und Ganzen den bestehenden Regeln in der Offline-Umgebung entsprechen. Insbesondere sollte der Begriff «rechtswidrige Inhalte» so weit gefasst werden, dass er Informationen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten umfasst. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa rechtswidrige Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder nach dem geltenden Recht rechtswidrig sind, weil sie mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen.»

ZIFF. 12 – VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

Die Verordnung geht noch weiter, indem sie den Begriff «rechtswidrig» mit «anderweitig schädlich» gleichsetzt

«Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates (5) gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer «reinen Durchleitung», von «Caching»-Leistungen und von «Hostingdienst»-Diensten, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen.»

ZIFF. 5 – VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

Nachdem der Begriff «rechtswidrig» in Ziffer 12 dermassen schwammig definiert wird, zersetzt die Verordnung mit der Gleichsetzung des Begriffs «rechtswidrig» mit «anderweitig schädlich» das Recht komplett. «An-

derweitig schädlich» ist kein juristischer Begriff und somit können Informationen, welche den EU-Behörden nicht genehm sind, als illegal bezeichnet werden. Das ist die reine Willkür.

Kompletter Datenzugang durch die EU

Artikel 40 der Verordnung ist ein weiterer kompletter Schritt in ein totalitäres System. Unter dem Titel «Datenzugang und Kontrolle» verschaffen sich die Behörden – «auf begründetes Verlangen» – Zugriff auf die Daten von privaten Anbietern.

«Die Anbieter sehr grosser Online-Plattformen oder sehr grosser Online-Suchmaschinen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind.»

ART. 40 VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

In einem demokratischen System benötigt ein behördlicher Zugriff auf private Daten ein strafrechtliches Verfahren und einen richterlichen Beschluss. Das ist Geschichte.

Demokratie, die keine mehr ist

Die EU muss sich die Kritik gefallen lassen, dass sie ein totalitäres System ist, welches sich keinen Deut um die grundlegendsten Regeln von Staatsrecht und Rechtslegung kümmert. Dass diese keine haltlose Behauptung ist, sondern eine Tatsache, ergibt sich aus diesem Artikel in aller Klarheit.

Fazit

Die EU, welche sich gerne als demokratisches Gebilde geriert, ist zu einem totalitären Staatengebilde geworden, wo bereits die Rechtssetzung in der Form keine ist. Wir haben an dieser Stelle erörtert und nachgewiesen, dass auch der Inhalt der Erlasse Tür und Tor zu einem Gesamtsystem öffnet, das die niederste Schwelle von Recht nicht erreicht, sondern zu einer orwellschen Welt geführt hat.

Die EU wird das Internet und die Informationen, welche darin zu finden sind, komplett kontrollieren. Durch die faktische Unlesbarkeit der Erlasse und die in jegliche Richtung dehnbaren Definitionen von Begriffen – etwa «Rechtswidrigkeit» – kann jedem, der eine Meinung vertritt und kundtut, welche dem Narrativ der EU-Führer nicht genehm ist, der Garaus gemacht werden.

Was die EU-Obrigen etwa als «schädlich» bezeichnen, kann entfernt werden und die Betreiber von Plattformen werden dazu gezwungen – ohne richterlichen Beschluss – private Daten der Nutzer dieser Plattformen an die Behörden herauszugeben, damit die «Übeltäter» belangt werden können.

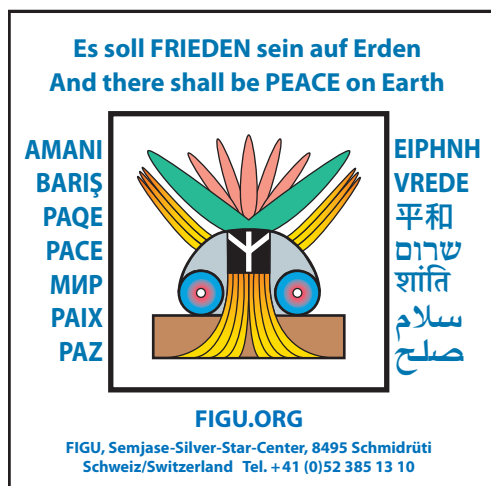
Da die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied Erlasse in der Vergangenheit – sprich Sanktionen – tel quel übernommen hat, ist zu befürchten, dass dieses menschenverachtende Regelwerk auch in der Schweiz eingeführt wird.

Diese Tendenz, welche die Medien im Westen bereits seit Kriegsbeginn – oder bereits während der COVID-Zeit – mitgetragen haben, wird nun «rechtlich» verankert.

Im zweiten Teil werden wir erörtern, was für Konsequenzen diese Art von Informationsmanagement hat. Wir werden an Beispielen aufzeigen, wie weit diese ideologische Berichterstattung seit Februar 2022 von den Fakten entfernt ist und wie Medien sich bereits auf Exponenten einschossen, welche freie Meinungsäusserung propagieren.

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/meinungsausserungsfreiheit-in-der-eu-ist-geschichte/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

| | | |
|------------|-------|------|
| 120x120 mm | = CHF | 3.– |
| 250x250 mm | = CHF | 6.– |
| 300X300 mm | = CHF | 12.– |

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

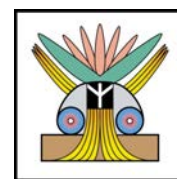
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz